

Deutsche Bäcker- und Konditoren-Zeitung

Organ des Zentralverbandes der Bäcker u. Konditoren, Lebküchler, Arbeiter u. Arbeiterinnen in der Zuckerwaren-, Schokoladen- u. Kakesindustrie

Verbandsmitglieder erhalten das Blatt unentgeltlich. Abonnement pro Quartal Mk. 2.

Offizielles Organ der Zentral-Kranken- und Sterbe-Kasse der Bäcker und Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Dresden), Liliengasse Nr. 12.

Insertionspreis pro dreispaltige Pettizelle 50 Pfg., für die Zahlstellen 30 Pfg.

Die Taktik in der deutschen Arbeiterbewegung.

II.

Jetzt schon wie von weitem zieht die Streitfrage über „Maffen und Führer“ noch einmal an unsern Augen vorüber bei der Erwähnung des vierten taktischen Grundsatzes: Einheitlichkeit der Aktionen.

Unsere Partei, bemerkt Kautsky, ist eine demokratische nicht bloß in ihren Zielen, sondern auch in ihrer Organisation und ihrer Taktik. Aber es gibt zwei Arten Demokratie, die urwüchsige und die moderne. Die erstere beruht auf der direkten Ausübung der Souveränität des Volkes, die zweite auf ihrer indirekten Ausübung durch eine Vertreterversammlung. Die erste ist naturgemäß auf kleine Gebiete beschränkt, auf Gemeinden oder Gauen. Nur da kann eine Volksversammlung die höchste, entscheidende Autorität sein. Eine größere politische Organisation kann da nur in der Art zustande kommen, daß die einzelnen Gemeinden untereinander einen Bund schließen, in dem aber jede selbstherrlich bleibt. Auf dieser Grundlage ist aber eine kraftvolle, einheitliche Kampforganisation, wie sie der moderne Staat erheischt, nicht aufzurichten. Sie ist nur möglich dadurch, daß man eine zentrale Vertreterversammlung zur höchsten Instanz macht. Der demokratische Charakter dieser Organisation besteht darin, daß das Wahlrecht zu dieser Versammlung das demokratischste ist. . . . Mit dem modernen, straff zentralisierten Bürokraten- und Militärstaat kann nur eine straff zentralisierte Kampfpartei fertig werden. Das Streben nach lokaler Selbstherrlichkeit in der Bestimmung der Taktik ist nicht demokratisch, sondern reaktionär, ein Streben nach einer Wiederbelebung überlebter Formen der Demokratie.

Weiter werden dann in dem Vortrage Kautskys die mancherlei Versuche, unsere Taktik zu ändern, behandelt. Wir heben aus den Erörterungen hervor:

Die Einheit der taktischen Grundsätze schließt die Verschiedenheit einzelner taktischer Maßregeln nicht aus. Verschiedene Verhältnisse bedingen stets verschiedene Maßregeln. Mit Recht sagte Liebknecht einmal, wenn sich die Verhältnisse binnen 24 Stunden ändern, ändere er auch binnen 24 Stunden seine Taktik. Das war sehr richtig, ist aber nur auf taktische Maßregeln zu beziehen, das heißt auf die besondere Anwendung der taktischen Grundsätze im einzelnen Fall. Dagegen würde ein Taktiker seinen intellektuellen Bankrott ansagen, der wegen einer neuen Situation binnen 24 Stunden seine bisherigen taktischen Grundsätze ändern wollte. Der Unterschied zwischen taktischen Maßnahmen und taktischen Grundsätzen wird aber nicht immer beachtet. Weil taktische Maßregeln wechseln müssen, und zwar rasch wechseln müssen, wenn die Situation es erfordert, wird vielfach angenommen, auf dem Gebiete der Taktik gebe es keine Grundsätze, was ein schwerer Irrtum ist. Die Einheitlichkeit einer Bewegung im Wechsel der Zeiten, die eins der wichtigsten Erfordernisse ihres steten Fortschreitens ist, kann nur durch das Festhalten an taktischen Grundsätzen erreicht werden. Natürlich müssen diese Grundsätze selbst aus der Erfahrung vieler Jahre geschöpft, nicht durch bloße Spekulation gewonnen sein.

Geradezu erhaben objektiv ist die Schilderung Kautskys der Kämpfe um die Maifeier:

„In dem Maße, in dem die Unternehmerverbände im letzten Jahrzehnt anwuchsen, wurden aber die Gewerkschaften immer mehr in die Defensiv gedrängt. Das machte sie nicht kampfunfähig, drängte sie jedoch, immer sorgfältiger darauf zu achten, daß sie für ihre Kämpfe stets den richtigen Moment wählten. Den Unternehmerverbänden dagegen lag daran, die Gewerkschaften in ungünstigen Momenten zum Kampf zu provozieren und ihn womöglich

bis zur Erschöpfung oder gar bis zur Zertrümmerung der Organisationen fortzuführen, so daß diese nicht wieder in günstigeren Momenten daran denken konnten, den Kampf von neuem aufzunehmen.

Angeichts dieser Taktik der Unternehmerverbände wuchs in den Gewerkschaften die Abneigung gegen das Begehen der Maifeier durch Arbeitsruhe, weil diese die Gefahr heraufbeschwor, daß um einer bloßen Demonstration willen die Gewerkschaften ohne Rücksicht auf die jeweilige Situation in Kämpfe verwickelt wurden, die sie lahmzuliegen drohten.

Diese Gründe hätten sich ohne Zweifel auch für die Parteigenossen als durchschlagend erwiesen, wenn es sich im letzten Jahrzehnt darum gehandelt hätte, die Arbeitsruhe am 1. Mai neu einzuführen. Aber es handelte sich dabei um eine Demonstration und eine Machtprobe, die man bereits seit Jahren mit einigem Erfolg ausgeführt hatte. Der Verzicht auf die Arbeitsruhe hätte bedeutet, eine Position, die man gewonnen, ohne Schwertstreich zu räumen; hätte bedeutet, daß die stärkste sozialdemokratische Partei und die stärksten Gewerkschaften der Welt sich für zu schwach erklärten, einen Beschluß zu befolgen, den die proletarische Internationale wiederholt gefaßt und entschieden betont hat.

Dagegen sträubte sich die Mehrheit der Parteigenossen.

Diese beiden Standpunkte zu vereinigen, ist kaum möglich. Aber ebenso unmöglich ist es, durch Mehrheitsbeschlüsse über sie zu entscheiden, da hier einer der Fälle vorliegt, wo die Mehrheit der Gewerkschafter anders denkt als die Mehrheit der Parteigenossen. Das ist eine Situation, die manche scharfe Auseinandersetzungen zur Folge hatte; aber man braucht nicht zu fürchten, daß sie einen Konflikt herbeiführt. Die beiden Teile haben sich auf einen Kompromiß geeinigt, der wohl niemand sehr befriedigt und von dem man abwarten muß, wie er auf die Dauer wirkt, der aber auf jeden Fall bezeugt, daß die Mehrheit der Partei nicht daran denkt, in der Frage der Maifeier anders, als Hand in Hand mit den Gewerkschaften vorzugehen.

Mit einem frohen Ausblick auf die kommenden Reichstagswahlen schließt das Schriftchen Kautskys:

Die geringfügigen Differenzen, die vorhanden sind, versprechen, sich noch weiter zu verringern. Eine Partei oder eine Gewerkschaft oder irgend eine Korporation, in der Differenzen überhaupt nicht auftauchen, gibt es aber in der Welt überhaupt nicht und hat es nie gegeben.

Die Einheitlichkeit und Geschlossenheit unserer Partei werden dadurch nicht berührt. Sie bleibt auf der Grundlage der taktischen Grundsätze, die sie seit vier Jahrzehnten von Sieg zu Sieg führen. Nie wurden diese weniger in Frage gestellt als gegenwärtig, und nie war die Zueversicht unserer Genossen, ja der Masse der arbeitenden Bevölkerung überhaupt, zur siegreichen Kraft unserer Organisation, unserer Taktik, unserer Ziele größer als jetzt, und nie trat die Ratlosigkeit und die Furcht unserer Gegner offener zutage.

Unter den günstigsten Verhältnissen ziehen wir in den Wahlkampf. Wie weit sich die Aussichten verwirklichen werden, die sich uns bieten, wie weit dann der Erfolg auf unsere Partei und unsere Gegner zurückwirken, welche Probleme und Kämpfe er erzeugen wird, darüber kann man nur Vermutungen äußern, die jetzt noch sehr müßig wären.

„Wer's erlebt, wird's sehen. Sicher aber wird jeder Großes erleben, der unsern Wahlsieg sehen wird.“

Überall, wo die Gegner an der Arbeit sind, die Dinge anders scheinen zu lassen, wie sie sind und wo sie ein Zerrbild von dem Wesen und der Vergangenheit der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung hinstellen, um noch Arbeiter im Bann bürgerlicher Parteien zu halten, ist die Schrift Kautskys unsern Genossen eine gute Wehr. Möge darum das kleine Heftchen viele Leser finden.

Der sozialdemokratische Parteitag.

I.

Der diesjährige Parteitag der deutschen Sozialdemokratie tagt in diesem Jahre wieder in der reizenden thüringer Universitätsstadt Jena, in den schönen Räumen des vom verstorbenen genialen Leiter der Carl Zeiss-Werke, dem edlen Menschenfreunde Ernst Abbe geschaffenen Volkshauses, in dem der Parteitag schon einmal (1905) Aufnahme fand. Das Parlament der deutschen Arbeiterschaft wird in diesem Jahre völlig beherrscht von der bevorstehenden Reichstagswahl, das arbeitende Volk lechzt förmlich nach Abrechnung mit seinen Bedrückern und Ausplünderern. Alle andern prinzipiellen und taktischen Streitfragen der verschiedenen Richtungen werden durch dies alles beherrschende Gefühl entweder bedeutend gemildert und daher mehr als untergeordnet angesehen oder gänzlich in den Hintergrund gedrängt. Der feste Wille, dem Gegner in der nahen Entscheidungsschlacht in geschlossener, einiger Kampfeslinie gegenüberzustehen, ist die Signatur des Parteitages. Das schließt in einer so großen Partei, wie sie die deutsche Sozialdemokratie ist, nicht aus, daß die Geister in heißer Redeschlacht öfter aufeinanderplagen. Gerade der schier unerschöpfliche Brunnen an geistiger Energie, die in heißem, einander überbietendem Eifer nach dem besten und kürzesten Wege sucht, der zur Befreiung des deutschen Proletariats aus geistiger, politischer und wirtschaftlicher Knechtschaft führen muß, ohne dabei in niedere, kleinliche Ränke zu verfallen, ist das Geheimnis, dem die deutsche Arbeiterpartei ihre Größe und ihre Macht verdankt.

Die Eröffnung und Konstituierung des Parteitages erfolgte am 10. September, abends 7 Uhr. Nach dem vom Arbeitergefangenenverein Jena prächtig vorgetragenen Begrüßungslied aus Richard Wagners „Meistersinger von Nürnberg“ begrüßte Leber-Jena die erschienenen Delegierten und Gäste und hieß sie in Jena, dessen Arbeitergeschichte er in schlichter, aber eindrucksvoller Weise zum Vortrag brachte, herzlich willkommen. Nach ihm betrat, von stürmischem Beifall begrüßt, unser alter August Bebel die Rednertribüne. Nachdem er Abbes Verdienste gerühmt, entwarf er in scharfen, großen Umrissen ein Bild der Entwicklung der politischen Konstellation, die in ihren Konsequenzen zu den derzeitigen internationalen Verwicklungen führen mußte. Der Kapitalismus sei es, der allein Interesse an dem Kriegslärm habe, während das Volk die Opfer bringen müsse, Hunger und Ausnahmengesetze aber sein Lohn sein würden. Die Wirkung müsse eine in ihren Dimensionen gar nicht absehbare Katastrophe sein. In markiger Weise rief der jugendliche Greis die Arbeiterschaft zum unerbittlichen, zähen Kampf auf, dessen Preis der Sieg unserer großen Sache sein werde. Draußen, immer sich wiederholender Beifall unterstrich die begeisterte Rede unseres Alten.

Bebel eröffnete nun den Parteitag, zu dessen Vorsitzenden Diez-Stuttgart und Leber-Jena gewählt wurden. Nachdem die Schriftführer und Kommissionen gewählt waren und der Geschäftsordnungsentwurf genehmigt, widmete der Vorsitzende Diez dem verstorbenen langjährigen Parteivorsitzenden Paul Singer einen warmen Nachruf. Damit waren die Verhandlungen der Vorversammlung beendet.

Der erste Verhandlungstag zeitigte die üblichen Befundungen internationaler Solidarität durch die erschienenen ausländischen Gäste. Dann begannen die eigentlichen Arbeiten des Parteitages. Den gedruckt vorliegenden Geschäftsbericht erläutern die Sekretäre Müller und Ebert. Ersterer behandelte eingehend die abfällige Kritik des Kautskyschen Flugblattes, die Genossin Rosa Luxemburg für angebracht gehalten hatte und die er, weil während der Friedensdemonstration getätigt, als unzulässig bezeichnete. Er ging dann noch auf das Zirkular des Parteivorstandes an die Presse ein, welches durch die Kritik des Buchdruckerkonfliktes in Berlin durch die Genossen gereizt wurde, und wies die Angriffe gegen dasselbe zurück. Ebert konstatiert den außerordentlich günstigen Stand der Parteikasse und den glänzenden Fortschritt der Parteipresse, deren Abonnentenstand auf mehr als 1 300 000 gestiegen sei.

Der Geschäftsbericht rief in der Nachmittagsitzung eine lebhaft, teilweise sogar sehr erregte Debatte hervor. Rosa Luxemburg und Ledebour griffen den Parteivorstand scharf wegen der oben angeführten Streitpunkte (in denen ein Brief Molkenbuhrs an das internationale Sekretariat eine Rolle spielte) an und machten demselben zum Vorwurf, daß er bei der Ergreifung der Initiative zur Friedensdemonstration nicht auf der Höhe gewesen sei und sich von den Gewerkschaften habe schieben lassen. Bebel trat diesen Vorwürfen entschieden entgegen, wobei er das Vorgehen von

Rosa Luxemburg und Ledebour scharf geißelt und als unvereinbar mit den Gepflogenheiten der Arbeiterbewegung bezeichnete. Auch Mollenhuth, der gerade seinen 60. Geburtstag feierte, polemisierte erfolgreich gegen die Angreifer des Vorstandes, zu denen sich auch Clara Zetkin gesellte hat.

Am zweiten Verhandlungstage war unter den Kämpfenden etwas mehr Ruhe eingetreten. Immerhin zogen sich die Auseinandersetzungen noch bis Mittag hin und brachten noch einige erregte Wortgefechte. Die Erregung zittert nach Schluß der Debatte in längeren persönlichen Bemerkungen nach. Schließlich zieht aber die Opposition die gestellten Tadelstränge zurück, weil der gewollte Zweck durch die Aussprache erreicht sei. Im Schlußwort erklärt sich Müller mit der geforderten Reorganisation des Vorstandes für das nächste Jahr einverstanden und wird zu diesem Zweck eine zweiundzwanziggliedrige Kommission niedergesetzt, die sich eventuell auch mit der Aenderung des Organisationsstatuts befassen soll. Beschlossen wird die sofortige Vermehrung des Parteivorstandes um zwei Mitglieder. Den Schluß der Sitzung bildete ein ausgezeichnetes Referat von Heinrich Schulz über die proletarische Jugendbewegung, zu welchem noch eine Reihe Diskussionsreder wertvolle Beiträge lieferten, wobei die Vergiftungsversuche der Jugend durch die Behörden unter Zuhilfenahme der Volksschulen gebührende Kennzeichnung fanden.

Der dritte Tag begann mit einer vorzüglichen Rede des Genossen A. Beck, in der er über die Tätigkeit der Reichstagsfraktion Bericht erstattete, und Ausblicke auf die Herbsttagung des Reichstages und den kommenden Wahlkampf gab. Ihr folgte die Erledigung einer Reihe von Anträgen und Resolutionen, darunter eine von Skidokum begründete, die im Hinblick auf die drohende Hungersnot die Aufhebung der Lebensmittel- und Futtermittelzölle, der Grenzsperrung und des betrügerischen Einfuhrscheinwesens fordert; ferner eine von E. D. Bernstein begründete Resolution, die in Zeiten internationaler Verwickelungen die sofortige Einberufung des Reichstages fordert. Die Anträge fanden einstimmige Annahme. Zu einer lebhaften Auseinandersetzung kam es bei dem Bericht der Mandatsprüfungskommission wegen des Antrages derselben, die Mandate der Stuttgarter Delegierten Westmeyer und Bullmer für ungültig zu erklären und dafür Rapp und Sämann die Mandate zuzusprechen. Der unerquickliche Streit der dortigen beiden Richtungen wurde dabei in aller Breite erörtert. Schließlich wurde der Antrag der Mandatsprüfungskommission gegen eine erhebliche Minderheit angenommen. Der Streit ist leider damit nicht erledigt, da ein Antrag der Genossin Duncker und Genossen vorliegt, der wegen der Vorgänge auf der württembergischen Landeskonferenz den Parteitag auffordert, sein Bedauern auszusprechen und den Parteivorstand beauftragt, mit der Stuttgarter Parteileitung in Verbindung zu treten, um die Entwicklung der Partei in Württemberg im Sinne und Geiste der Gesamtpartei und deren Beschlüsse zu sichern. Die Begründung desselben durch Genossin Duncker zeitigt den Protest der andern Richtung, der sich noch steigerte, als der alte Dieb die Annahme des Antrages ohne jede Diskussion forderte. Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte beschloß der Parteitag aber doch im Sinne Diebs, wodurch am Schluß der Sitzung Keil-Stuttgart eine längere persönliche Erklärung abgab.

Während in dieser Unruhe, die sich aber bald legte, begann Mollenhuth sein sachkundiges Referat über die Reichstagsverfälschung, in welchem er der Reichstagsmehrheit ein vernichtendes Urteil sprach und die Genossen aufforderte, die Vergewaltigung der Arbeiterchaft bei der bevorstehenden Reichstagswahl als scharfe Waffe gegen die Volkstrentreter zu handhaben.

Volkshygiene.

Die Gesundheitspflege, nach der altgriechischen Göttin der Gesundheit Hygieia zumeist Hygiene genannt, wird seit langem von der gesamten kulturellen Welt in ihrem Werte anerkannt und hochgeschätzt. Vor allem in den letzten Wochen war dieses Thema in den meisten Kulturstaaten vornehmlich aktuell, wozu besonders die internationale Dresdener Hygieneausstellung den Anstoß gegeben hat.

Es gibt wohl kaum eine Zeitung, die über diese Ausstellung noch nicht berichtet hätte. Da wurde in langen, wohlgelesenen Artikeln ausgeführt, wie die menschlichen Nahrungsmittel zusammenge stellt und zubereitet werden müssen, um vom Körper auch möglichst vollständig ausgenutzt zu werden; es wurde erklärt, auf welche Weise aus Heizung und Beleuchtung die möglichst größten Nuseffekte herauszuziehen sind; man leitartikelt über Wasserreinigung und Trinkwasserbereitung, über die Verwertung von Abfallstoffen, über Kleidungs- und Wohnungshygiene und öffentliche Gesundheitspflege. Man demonstrierte den hohen Stand der bakteriologischen Forschungen zur Bekämpfung der Infektionskrankheiten. Kurz, auf allen mit der Volksgesundheit im Zusammenhang stehenden Gebieten zeigte man die Fortschritte von Technik und Wissenschaft, die alle dem guten Zwecke dienen, den unheimlichen Volkskrankheiten mit Erfolg auf den Leib rücken zu können.

Alle Achtung vor der Wissenschaft! Die Volkshygiene aus klassischer Vorzeit hat nach jahrhundertelanger mittelalterlicher Stagnation ihre große Auferstehung gefeiert. Und die moderne Wissenschaft hat sie zu vervollkommen gesucht und erntet auf diesem Gebiete fast tagtäglich neue Erfolge und Triumphe, deren sich jeder Volksfreund und gebildete Mensch nur aufrichtig erfreuen kann.

Leider aber muß eingeschaltet werden, daß alle die hier gestreiften Vorteile der Hygiene der großen Masse des Volkes nur in ganz bedingter Weise zufließen können. Der voraussetzungslosen Wissenschaft alles Lob und alle Anerkennung. Trotz und vor allem aber fehlt es dennoch an den Grundbedingungen einer durchgreifenden und umfassenden Volkshygiene. Der heutige kapitalistische Staat ist zu ohnmächtig, die vitalsten Grundlagen einer wirklich guten und erfolgreichen Volksgesundheitspflege durchzuführen. Da zeigt man an der Hand streng wissenschaftlicher Beweisführung, welche und wieviel Nahrungsmittel der Mensch täglich zu sich nehmen muß, um nicht an Unterernährung zu leiden und langsam an Entkräftung dahinzusinken. Alles gut und schön. Aber hat denn die Waffe

des Volkes die Mittel, um diesen wissenschaftlich begründeten Gesundheitsmaßregeln gemäß leben zu können? Leiden nicht Millionen von Menschen an Unterernährung? Und klagt der kapitalistische Ordnungsklügel nicht oft genug über die „Begehrlichkeit“ und „Unerschämtheit“ der Arbeiter, wenn diese darangehen wollen, sich mit Hilfe ihrer gewerkschaftlichen Organisationen ein Dasein zu gründen, das bessere Löhne schafft und damit der Unterernährung auf den Leib rückt?

Man zeigt in prächtigen Ausstellungshallen die wissenschaftlichen Fortschritte in der Hygiene und wünscht, sie allen Menschen zugänglich zu machen. Schwachköpfige Atropisten, die sich im heutigen kapitalistischen Zeitalter auch nur einbilden, so etwas durchführen zu können! Die rauhe Wirklichkeit, der kapitalistische Staat verhindert das, und täte er es nicht, dann wären ja die Millionenprophete der Unternehmer bedroht! Ein heiliges Gut wäre den Besitzenden die Erhaltung der Volksgesundheit allerdings — so lange das nichts kostet. Da es jedoch pekuniäre Opfer erforderte und folglich das „heiligste“ Gut der Besitzenden, ihren Geldsack, bedroht, bekämpft man auch die Bestrebungen der Arbeiter, die darauf hinauslaufen, die Volkshygiene in die Tat umzusetzen. Man begnügt sich damit, die Fortschritte der hygienischen Wissenschaft im Glasfaß zu zeigen.

Man spricht weiter über eine rationelle Kleidung = und Wohnungshygiene, als wenn deren Befolgung nur der Ausführung bedürfte. Man zeigt die der Gesundheit zuträglichste Bekleidung und einfache, aber geschmackvolle und zweckentsprechende Ein- und Zweifamilienhäuser, umrahmt vom frischen Grün der schönen Natur. Wie sieht es aber in der Wirklichkeit damit aus? Müssen nicht Millionen Arbeiterfamilien sich damit begnügen, ihre körperliche Blöße nur notdürftig zu bedecken, und sind sie nicht durch die erbärmlichen Verhältnisse gezwungen, zum allergrößten Teil in den miasmendurchseuchten Industrievierteln der Großstädte in Massen zusammengepfercht dahin zu vegetieren, fern von frischer Luft und hellem Sonnenlicht?

Und weiter zeigt man, auf welche Weise schöne Parkanlagen und Badeeinrichtungen zu schaffen sind, um den menschlichen Körper in ozonreicher Luft und klarem Wasser zu baden und damit zu pflegen und zu kräftigen. Wagt es aber, ihr Arbeiter, den Neunhunderttag oder wohl gar den Ahtstundentag zu verlangen, um dadurch einige dürftige Zeit zu gewinnen, die Euch gefattet, Euch nach des Tages Last und Mühen in freier, gesunder Luft zu ergehen oder im Bade zu stärken und zu erquickeln! Dann seid ihr Umstürzler und Rebellen; denn ihr rüttelt ja an der „göttlichen“ Weltordnung, und der satte Moralphilister nennt Euer Begehren einfach eine bodenlose Unerschämtheit! Und wenn ihr auf Eure ewigen Menschenrechte pocht und Euch mit der Waffe der gewerkschaftlichen Organisation und des Streiks das erkämpft, was Euch Unternehmeregöizismus und Geldsacksliebe verweigern, dann heulmeiert die „gutgesinnte“ Presse über Eure „Begehrlichkeit“, und der gesamte in der Theorie für Volkshygiene begeisterte Ordnungsklügel fällt über Euch her und man möchte Euch am liebsten mit Bajonetten und scharfen Patronen zur Räson bringen.

Volkshygiene! Man zeigt in prunkvollen Ausstellungspalästen den erhabenen Stand der Wissenschaft und macht ihr sein ehrfurchtsvolles Kommeur. Aber man zeigt die Volkshygiene in einseitiger Weise und vom kapitalistischen Standpunkte aus. Man demonstriert die Hygiene der Besitzenden. Man zeigt das „Wie“, aber nicht das „Warum“. Man schaltet das Arbeitsvolk von der Ausstellung aus; denn es könnten dann einige „häßliche“ Pointen durch sie hindurchhüpfen, die satte „Aesthetiker“ beunruhigen würden. Es regt sich etwas wie ein böses Gewissen und man will nicht sehen lassen, daß der heutige kapitalistische Staat gar nicht in der Lage ist, eine durchgreifende Volkshygiene zu treiben, daß unter seinem System alles auf diesem Gebiete nur Flic- und Stückwerk sein kann.

Dem Arbeiter aber zeigt diese Abhandlung, daß eine wahre und allgemeine Volkshygiene erst nach Beseitigung des heutigen kapitalistischen Wirtschaftssystems durchführbar ist. Erst ein sozialistisches Gemeinwesen ist in der Lage, durchgreifende Reformen auf dem Gebiete der Volkshygiene zu schaffen und die Erfolge dieser hehren Wissenschaft auch in der Praxis allen Menschen zugänglich zu machen. Streben wir deshalb für Volksaufklärung und den Ausbau unserer Organisationen. Deren vollkommene Kraftentfaltung wird uns letzten Endes auch die Macht verschaffen, ein anderes Gemeinwesen zu begründen, das den gerechten Anforderungen aller Mitmenschen entspricht. Nur der sozialistische Staat wird in der Lage sein, auch eine wahre, durchgreifende und umfassende Volkshygiene durchzuführen. Merkt Euch das und handelt danach!

Bur Arbeitslage.

Die Lage des Arbeitsmarktes ist im verflossenen Monat mit Ausnahme von einigen Gewerben, die im Sommer stille Zeit haben, die gleich gute gewesen, wie in den Monaten Mai bis Juli. Die Maschinenindustrie, die elektrische Industrie, die chemische Industrie und das Baugewerbe waren gut oder flott beschäftigt, auch in der Holz- und Papierindustrie war die Lage befriedigend und selbst in den Saisongewerben waren die Verhältnisse nicht direkt schlecht. Von besonderem Einfluß auf einzelne Gewerbe war die Hitze, die fast in allen Gegenden Deutschlands bis zum Anfang dieses Monats anhielt und die einzelne Gewerbe ganz zum Stillstand zwang, für andere dagegen ungeheure Anforderungen brachte, die nur mit Einzuziehung von Hilfskräften und durch Ueberstunden bewältigt werden konnten. Nach den für den Monat Juli vorliegenden Ziffern der Krankenkassen hat die Beschäftigung in diesem Monat etwas nachgelassen. Es ergab sich am 1. August gegenüber dem 1. Juli eine Abnahme der versicherungspflichtigen Mitglieder, abzüglich der erwerbsunfähig krank gemeldeten, von 26 768 (5722 männlichen und 21 046 weiblichen). Die Abnahme ist in erster Linie auf die Ferienzeit zurückzuführen, die eine ganze Reihe, namentlich weiblicher, Personen in die Bade und Kurorte

gedrängt hat, wo sie der Kontrolle der an das „Reichsarbeitsblatt“ berichtenden Krankenkassen entzogen sind.

Nach den Berichten der Fachverbände über die Arbeitslosigkeit hat sich die Lage gebessert; von je 100 Mitgliedern waren Ende Juli 1,6 arbeitslos gegen 1,9 am gleichen Zeitpunkt des Vorjahres. Auch die Berichte der Arbeitsnachweise lassen eine Besserung erkennen. Bei 762 an das „Reichsarbeitsblatt“ berichtenden Nachweisen entfielen im Monat Juli im Gesamtdurchschnitt auf je 100 offene Stellen für männliche Personen 141 Arbeitsuchende gegen 162 im Vorjahre, auf je 100 offene weibliche Stellen entfielen 89 Arbeitsuchende gegen 93 im Vorjahre. Für Bäcker und Konditoren wurden im Juli d. J. bei den Nachweisen 9343 Arbeitsuchende, 7642 offene Stellen und 6961 Vermittlungen gebucht. Auf je 100 offene Stellen kamen 122 Arbeitsuchende gegen 135 im Juli 1910 und 181 im Juni 1911. Nach diesen Ziffern würde eine erhebliche Besserung der Arbeitslage für unsern Beruf zu verzeichnen sein, doch ist wie in den Vormonaten zu beachten, daß die Zahlen durch Lohnbewegungen und Streiks beeinflusst sind.

Wie sich die Vermittlungstätigkeit der Arbeitsnachweise im Monat Juli auf die einzelnen Landesgebiete verteilt, ist folgender Aufstellung zu entnehmen:

Staat, Provinz, Landesteil oder Stadt	Zahl der			Auf jede offene Stelle entfallende Arbeitsuchende	
	Arbeitsuchenden	offenen Stellen	belegten Stellen	im Berichtsmontat	im Vormontat
Provinz Ost- und Westpreußen	93	84	63	1,10	1,16
Groß-Berlin u. Provinz Brandenburg	3798	3475	3408	1,09	1,25
Provinz Pommern	178	140	140	1,29	1,07
„ Posen	23	31	16	0,74	1,15
„ Schlesien	337	296	289	1,14	1,35
„ Sachsen	158	144	134	1,10	1,09
„ Schlesw.-Holst.	77	58	54	1,33	1,33
„ Hannover	188	158	118	1,18	1,43
„ Westfalen	387	173	140	2,23	2,20
„ Hessen-Nassau	238	109	91	2,19	1,94
„ Rheinland	286	141	100	2,02	1,55
Königreich Bayern	339	266	204	1,28	1,15
„ Sachsen	1083	1030	868	1,05	1,12
„ Württemberg	371	385	275	0,96	0,92
Großherzogtum Baden	652	343	300	1,88	1,75
„ Hessen	8	4	1	2,00	2,75
Thüring. Bundesstaaten	4	4	1	1,00	2,00
Hamburg	819	587	587	1,39	1,41
Elb-Lothringen	304	214	172	1,42	1,55

Gegenüber dem Vormonat ist relativ die Zahl der Arbeitsuchenden merklich zurückgegangen in Ost- und Westpreußen, Berlin, Posen, Sachsen, Schleswig-Holstein, Hannover, Königreich Sachsen und Elb-Lothringen, während eine bemerkenswerte Zunahme zu verzeichnen ist für Pommern, Hessen-Nassau und Rheinland, für Bayern, Baden und Württemberg. Bemerkenswertes wird für die Bäcker nicht berichtet. Aus den Rakes- und Biskuitfabriken wird gemeldet, daß sich der Beschäftigungsgrad infolge der Reisezeit schlechter gestaltete und daß auch die Hitze einen ungünstigen Einfluß auf das Gewerbe ausübte. An verschiedenen Stellen bewirkte die Hitze eine Verkürzung der Arbeitszeit oder eine vollständige Einstellung der Arbeit, natürlich zum Schaden der Arbeiter.

Der fünfte Bundestag der „Gelben“ in Danzig.

Vom 5. bis 6. September hielt die gelbe Streikbrecher-schuldruppe unter dem Vorhise des Präbidenten und Zigarrenhändler Wischnöwki im „Schützenhaus“ zu Danzig den sogenannten Bundestag ab. Die Zinnungs-scharmacher und die Bäckermeisterzeitungen haben bekanntlich nach Kräften die Werbetrommel für die Komödie gerührt. Aber schon am ersten Tage sah man das gelbe Glend im „Schützenhaus“ aus allen Winkeln grinsen. Der große angekündigte Besuch aus 17 Gauen und den Großstädten Deutschlands blieb zum Verdruß der Veranstalter der Vorstellung vollständig aus. Man setzte nochmals Telephon und Telegroph in Bewegung und schickte Ordre an die Protektoren, noch Delegierte nach Danzig zu senden; jedoch war alle Arbeit und Anstrengung vergebliche Liebesmühe, es ließen sich weiter keine Leitstammel aufreiben. Mit der Gnade der Zinnung scheint es aber nachgerade etwas schwach zu werden; denn der „Präsident“ konnte nicht einmal den Obermeister Karow begrüßen. Auch der vom Zentralverband des Germaniaverbandes angeblich delegierte P. Böhne blieb aus. Ein trauriger Anblick; denn neben den einzelnen Spottbildern der gelben Vertreter war kein offizielles Dekorationsstück aus Zinnungskreisen vorhanden.

Der erste Verhandlungstag war so ziemlich mit festlichen Begrüßungsreden ausgefüllt. Der Ehrenvorsitzende A. Hinzmann, der Mann, den die Staatsanwaltschaft von Danzig gelegentlich einer Anklage wegen Urkundenfälschung für seine Taten als nicht verantwortlich zu machend bezeichnete, war der Held des Tages. Anerkannt muß werden, daß die Danziger Bäckergefelln sich vollständig der lächerlichen Komödie fernhielten; ganze 10 Mann konnten Wischnöwki, Zels und Waslo als ihre Anhänger aufreiben. Einzelne davon schämten sich dennoch, als sie von den ehrlich denkenden Danziger Kollegen im gelben Gesolge gesehen wurden und verbargen sich scheu. Würden nicht einzelne Sechsdreier-trauer den Hinzmann unterstützt und die gelbe Parade mitgemacht haben, so hätte Wischnöwki tatsächlich mit einem halben Duzend fragwürdiger Bäckern den „großen Bundestag“, der über die Zukunft der deutschen Bäckergefelln entscheiden sollte, abgehalten. Es ist geradezu unbegreiflich, daß immer wieder, trotz aller erblichen Niederlagen, die Koryphäen des Germaniaverbandes darauf rechnen, die Bäckergefelln mit dem gelben Schemen ködern zu können. In Danzig haben nunmehr aber die Streikbrecheragenten wiederum eine Niederlage erlebt, die den ganzen Spott der Bäckergefelln herausfordert.

Ihre Blamage erkennend, machten die Drahtzieher gar keine Anstrengungen, aus dem Dilemma herauszukommen. Von einer wirklichen Verhandlung konnte selbstverständlich keine Rede sein. Die paar Glückspilze, die auf Meisterlosten Herber gekommen sind, bummelten an den schönen Sommertagen in Danzigs Straßen oder vertrieben sich ihre erklärliche Langeweile in der herrlichen Umgebung. Mit einzelnen der Gestalten konnte man wirklich Mitleid haben. Charakteristisch ist, daß die „Neuesten Nachrichten“, eine „unparteiische“ Zeitung, die mit Reichsverbandstoff gefüttert wird, schon im voraus die große Lagung angekündigt hatte, während des Verlaufs der „Verhandlungen“ jedoch plötzlich die Sprache verlor und nur einige nichtsagende Notizen an versteckter Stelle brachte.

Aus dem in Bausch und Bogen vom „Präsidenten“ gegebenen Geschäftsbericht war zu entnehmen — man höre! —, daß der Bund abermals um 37 Vereine mit 2906 Mitgliedern (?) zugenommen hat. Der Bund zählt jetzt über 13000 Mitglieder. (!!) Dieser gelbe Riesenwindel wurde aber durch den Kassenbericht, trotzdem er schon frisiert worden war, gar zu offensichtlich. Nach dem Bericht hatten die Gelben trotz der „13 000“ Mitglieder nur M. 3188 Jahreseinnahme und M. 2029 Ausgabe, so daß M. 1159 Bestand verblieben. Rechnet man nun für den Beginn 1910/11 M. 544 Bestand, so bleiben M. 2644 Jahresgesamtsumme. Selbst wenn dieser Betrag, was unmöglich ist, nur Mitgliederbeiträge enthält, so kommen auf jedes Mitglied pro Jahr genau 20 M. Beitrag oder pro Monat reichlich 1,7 M. Es steht hiernach fest, daß die „13 000 Gelben“ ein hahnebüchener Schwindel sein müssen. Selbst bei 80 M. Jahresbeitrag hätten sie, wenn die Einnahme nur aus Beiträgen bestehen würde, nur circa 3800 Mitglieder. Der stadträtliche Gratulant Herr Trop, der nicht gefehlt hatte, hätte sich also auch ausrechnen können, wie stark der gelbe Bund sei, er aber mußte natürlich den Verband verdächtigen. Die Reifeunterstützungskasse hatte die horrend Summe von M. 87 und in der Sterbekasse gar M. 83 aufzuweisen. In der „Verhandlung“ wurde übrigens offen geklagt, daß die Kräuter auch nicht mehr zahlen wollen. Die Zukunft wird also immer trostloser.

Die beiden Danziger Delegierten Bahlo und Fels brachten noch eine Resolution, betreffend die Einstellung der Bäckerlehrlinge, ein, die auch angenommen wurde. Es wird darin der Wunsch ausgedrückt, daß nur körperlich und moralisch geeignete Lehrlinge in das Bäckergewebe aufgenommen und daß die Zahl der beschäftigten Lehrlinge dem Umfang des Betriebes angepaßt werde. Es wirkte geradezu grotesk, daß es ausgerechnet Bahlo sein mußte, der die moralische Seite dieses Antrages hervorhob. Heute wollen wir uns aber mit diesem moralisch-sittlichen Bahlo nicht beschäftigen; wollen jedoch, sobald es geht, seine moralischen Taten schildern. Um sich ganz und gar zu blamieren, riskierten die Mannen noch einen weiteren Ton. Die Resolution der Bäckermeister, die in Stuttgart auf der Tagung des Germaniaverbandes gegen das zweiundzwanzigstündige Backverbot gefaßt worden ist, gefällt ja diesen Leuten nicht. Wischnowski wurde deshalb beauftragt, in dieser Sache den Schwindel noch weiter zu betreiben.

Wenn nichts anderes, so brachte die gelbe „Parade“ wenigstens den Danziger Bäckergefallen in einer Sache eine befriedigende Erheiterung. Der Gastwirt des gelben Lokals, Schlägel, opferte in der Hoffnung, ein gutes Geschäft zu machen, zur Deckung der Unkosten des Bundesfestes M. 30. Aber o weh, bittere Enttäuschung! Er war sein Geld los, mit dem Geschäft war's nichts, und wo nichts war, konnte auch nichts geholt werden. Ebenso ist der Herbergschwirt Regenhardt, der von den Großen der Danziger Bäckergefallen reich geworden ist, und der sich jetzt als Förderer der Gelben alle erdenkliche Mühe gegeben hat, um ihnen einen „würdevollen“ Empfang zu bereiten, schändlich hineingefallen. Trotz des gemachten Lamtams, der auf die Beteiligung der hiesigen Kollegen zugeschnitten war, sind zu dem „großen Kommerz“ ganze sieben Mann und mit leeren Taschen gekommen. Die Gesellen sollten zum mindesten die „großen Ersparnisse“ beim „Water“ in Schnaps und Dividendenbier umsehen, doch war alle Mühe vergebens. Mit Abscheu wandten sich die hiesigen Kollegen von dem schmählichen Kummel ab. Die hiesige Bäckerinnung soll ja auch M. 300 für die ganze Vorstellung bewilligt haben, sie hat also so ziemlich allein die Kosten getragen. Nun, wir gönnen herzlich den Innungscharfmachern das zweifelhafte Vergnügen, können es ihnen, daß man schließlich auch noch tollkühn die Kosten für ein Kaisertelegramm opferte.

Der Banterott und die hohle Leere des gelben Arbeiterbetruges wurde durch diesen „Kongress“ nochmals schlagend bewiesen, und er hat nichts weiter als einen Verwünschungsgeruch hinterlassen.



Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Allen Bewerbern um den Posten eines dritten Angestellten in der Zahlstelle Hamburg-Altona besten Dank für ihre Mühe. Auf Vorschlag der Zahlstelle Hamburg wurde der bisherige Sektionsleiter der Fabrikbranche, G. Runer in Hamburg, für diesen Posten ausersuchen.

Am 1. Oktober dieses Jahres treten die Bestimmungen des Unterstützungsreglements voll in Kraft, die für höhere Beitragsstufen die Unterstützung höher bemessen, als sie bisher zur Auszahlung gelangte. Anspruch auf die Unterstützung in den höheren Beitragsstufen haben die Mitglieder natürlich nur dann, wenn sie ein volles Jahr diesen

höheren Beitragsstufen angehören und für mindestens 52 Wochen den erhöhten Beitrag bezahlt haben.

Nach den §§ 7, 25 und 26 des Unterstützungsreglements gilt der Tag der Meldung zur Bemessung der Höhe der Unterstützung. Jedes Mitglied erhält also die Unterstützung in der Höhe, wie sie für die Beitragsstufe vorgesehen ist, in welcher es bis zum Tage der Meldung zum Bezuge der Unterstützung 52 Wochen Beitrag entrichtet hat. Also wer am 1. Oktober 1910 begonnen hat, den 75-%-Beitrag zu entrichten, bisher in dieser Stufe seine Beiträge regelmäßig entrichtet hat und am 1. Oktober dieses Jahres krank oder arbeitslos gemeldet wird, erhält dann pro Tag M. 1,50 Unterstützung für die Zeit von 35 bis zu 60 Tagen je nachdem wie lange er überhaupt der Organisation als Mitglied angehört.

Wir verweisen nochmals darauf, daß an den Unterstützungscheinen, wie sie vom Hauptkassierer den Kassierern der Zahlstellen überwiesen werden, absolut nichts geändert werden darf.

Im Laufe dieser Woche werden den Zahlstellen die neuen Meldefarten zugesandt und ist es notwendig, daß bei Krank- und Arbeitslosmeldungen von Mitgliedern diese Meldefarten vollständig und korrekt ausgefüllt werden.

Wenn nach dem Tage der erfolgten Meldung zur Unterstützung oder erst während der Dauer der Unterstützung der Tag eintritt, an welchem das Mitglied ein volles Jahr der höheren Beitragsstufe oder ein weiteres Jahr der Organisation als Mitglied angehört, so ändert das nichts an der Höhe und Dauer der zur Auszahlung kommenden Unterstützung, sondern die erworbenen Anrechte auf höhere tägliche Unterstützung oder auf längere Unterstützungsdauer können erst dann bei dem nächsten Bezuge der Unterstützung zur Anwendung gelangen.

Die Kassierer haben sich also in allen Fällen strikte nach den Anweisungen auf den grünen Unterstützungscheinen zu richten, wie dieselben vom Hauptkassierer ausgestellt werden.

Auf Beschluß der gemeinsamen Sitzung des Verbandsvorstandes mit dem Vorsitzenden des Ausschusses und den Gauleitern wurde auf Antrag der betreffenden Zahlstellen beschlossen, daß zwei neue Bezirke mit angestellten Bezirksleitern zu bilden sind, und zwar ein

Bezirk Chemnitz, welcher die Kreishauptmannschaften Chemnitz und Zwickau umfassen soll, die vom Bezirk Leipzig abgegliedert werden, und ein

Bezirk Erfurt, welcher den Regierungsbezirk Erfurt und das westliche Thüringen umfaßt. Letzterer Bezirk wird vom bisherigen Bezirk Halle abgeteilt, und die Grenze zwischen beiden Bezirken ist die Bahnlinie Groß-Flörsberg-Jena-Saalfeld. (Die Städte an dieser Bahnlinie gehören noch zum Bezirk Halle, während die Landesteile westlich davon zum Bezirk Erfurt gehören)

Für diese neuen Bezirke Chemnitz und Erfurt soll je ein Bezirksleiter angestellt werden, und zwar schon möglichst bald.

Verbandsmitglieder, welche die Verhältnisse in einem dieser Bezirke kennen, die aber mindestens drei Jahre dem Verbandsangehören und schon Vertrauensposten in der Organisation bekleidet haben, welche ferner die organisatorischen und agitatorischen Fähigkeiten besitzen, die zum Amte eines Bezirksleiters notwendig sind, werden ersucht, ihre Bewerbung um einen dieser Posten bis spätestens 1. Oktober dieses Jahres dem Verbandsvorstande einzureichen.

Achtung, Militärpflichtige! Diejenigen Mitglieder, welche jetzt zum Militär einrücken müssen, ersuchen wir dringend, bis zum Tage des Abgangs zum Militär ihre Beiträge zu bezahlen, sich dann ordnungsgemäß bei dem Kassierer ihrer Mitgliedschaft abzumelden und ihr Mitgliedsbuch entweder von Verwandten während der Militärzeit gut aufbewahren zu lassen, oder es dem Hauptkassierer zur Aufbewahrung einzusenden. Während der Militärzeit ruht die Mitgliedschaft zum Verbands. Die Dauer der Mitgliedschaft vor der Militärzeit wird aber allen Mitgliedern mit angerechnet bei ihrem späteren Wiedereintritt nach der Entlassung vom Militär, was in der Frage der Unterstützung von großer Bedeutung ist. (§ 21 des Unterstützungsreglements).

Bei solchen Mitgliedern, welche vor ihrer Militärzeit mindestens 52 Wochen dem Verbandsangehörten, wird nach demselben Paragraphen die Dauer der Militärzeit als Mitgliedschaft mit angerechnet; sie treten also bei der Entlassung nach zweijähriger Dienstzeit in die höhere Unterstützungsstufe ein.

Vom Militär in diesem Herbst entlassene frühere Mitglieder müssen sich innerhalb vier Wochen nach ihrer Entlassung bei einer Zahlstelle eventuell bei dem Hauptkassierer melden, wenn sie sich ihre Anrechte an den Verband wahren wollen.

Ausgeschlossen wurde auf Antrag der Mitglieder in Lemgo Adolf Becker (Buch-Nr. 29 964) wegen Diebstahls.

Der in Nr. 36 dieses Blattes bekanntgegebene Ausschluß des Mitgliedes Karl Dostleben-Zeit muß dahin berichtigt werden, daß es Paul Dostleben heißen muß.

Der **Verbandsvorstand.**

J. A.: D. Allmann, Vorsitzender.

Quittung.

Vom 11. bis 16. September gingen bei der Hauptkasse des Verbandes folgende Beträge ein:

Für August: Breslau M. 441,40, Sonneberg 45,70, Schmölln 28,70, Bochum 69,20, München 3022,10, Nürnberg 1417,70, Eplingen 32,80, Neufelwisch 52,30, Freiburg 103, Landsberg a. d. W. 26,40, Striegau 36,70, Wittenberg 42,80, Lübeck 260,20, Bielefeld 317, Rostock 119, Braunschweig 279,90, Frankfurt a. M. 1602,20, Stuttgart 419,50, Marti-redwitz 22,80, Chemnitz 336,55, Osnaabrück 33,40, Straßburg 120,10, Bremerhaven 118,50, Hagen 62, Dortmund 219,10, Leipzig 1341,10, Mannheim 562,70, Harburg 180,90, Stendal 31,60, Rimbach 34,20, Tangermünde 66,40, Suhl 40,15, Bant-Rüstringen 134,60, Amberg 69,80, Rosenheim 158,90, Augsburg 86,30, Gotha 113,10, Altenburg 79,40, Leisnig 13,60, Gelsenkirchen 32,10, Gildesheim 35,20, Mülhausen 80,10, Bayreuth 64,20, Weimburg 68, Sietlin 195,90, Darmstadt 81,70, Mainz 201,90, Wiesbaden 269,90, Forst 28,70, Plauen i. V. 93,90, London 99, Bad Reichenhall 102,50, Erfurt 39,20, Rudolstadt 40,30, Traunstein 60,70, Waldenburg 53,90, Gera 141,10, Hof 47,90, Jena 68,20, Löbnitz im Erzgebirge 60,50, Schwerin 15, Lüdenscheid 27,40, Crefeld 59,20, Colmar 12,80, Elberfeld 272,70, Weiswasser 18,50, Brandenburg 92,90, Zimenau 63,75, Remscheid 62,60, Schweinfurt 42,60, Danzig 192,90, Weisfels 40,70.

Von Einzelzahlern der Hauptkasse: R. Ch.-Nelsen M. 4, W. Dahme 5, Th. W. Marin 6, G. S. Milbenau 2, W. Sch.-Brüssel 8,06, G. M.-Riegnitz 2, D. Sch.-Weimar 34,80.

Für Abonnements und Annoncen: Frankfurt M. 6, Mülhausen 2,70, Weiswasser 1,80, R.-Hamburg 5.

Für „Geschichte der Bäcker- und Konditorenbewegung“: Frankfurt M. 2, Hagen 4, Gelsenkirchen 16. Mit der Abrechnung an die Hauptkasse restituieren für August: Cottbus, Friedberg, Görlitz, Lüneburg, Schönebeck, Saarbrücken, Uetersen.

Abrechnung ohne Geld gesandt: Königsberg, Kaiserslautern, Oldenburg, Metz, Vegeack, Gießen, Neumünster, Zeit. Geld ohne Abrechnung: Coburg.

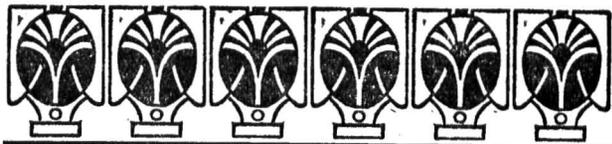
Der **Hauptkassierer.** D. Freitag.

Spätestens am 23. September ist der 39. Wochenbeitrag für 1911 (24. bis 30. September) fällig.

Sterbetafel.

Magdeburg. Gustav Mensing, gestorben am 15. September.

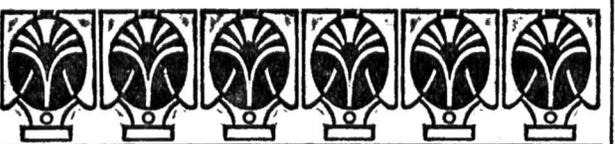
Ehre seinem Andenken!



Korrespondenzen.

Bäcker.

Augsburg. Endlich ist für die Augsburger Bäckergehilfen der Messias angekommen. Eine „stättliche Zahl“ (?) hat sich christlich organisiert und neue Scharen werden weiter kommen, sobald die richtige Aufklärung stattgefunden hat. Christliche oder „freie“ Gewerkschaften lautete das Thema, das Christian Schmitz unter Aufsicht des Arbeitersekretärs Maier, Bezirksleiters Konrad, des „Siegers“ von Schreghem und weiterer drei christlichen Gewerkschaftsführer am 7. September in einer großen öffentlichen Versammlung behandelte. 8 bis 9 Unorganisierte, 25 Verbandsmitglieder und 16 bis 17, dem Gebaren nach Christliche, lauschten den Ausführungen. Nachdem der Referent fünfviertel Stunden über „Die miserablen Bäckerverhältnisse“ gesprochen, ging es dem eigentlichen Thema zu. Die materialistische, sozialistische Weltanschauung, die Parteipolitik in den freien Gewerkschaften hätten es nötig gemacht, christliche Zentrumsvereinigungen zu gründen. Sein Steckpferd von dem Zusammenarbeiten mit einem früheren Gauleiter und so verschiedene lokale Dingerchen von Düsseldorf mußten herhalten, die Arbeiterzerpflückerung zu rechtfertigen. Die christliche Ueberzeugung der Bäckergehilfen wurde entdeckt und mußte erhalten werden (im Zentrumsinteresse). Außerdem sprechen die großartigen Erfolge (!!) die die Mitgliederzahl von der Notwendigkeit des alleinseligmachenden christlichen Zentralverbandes. Nur dort wird den Augsburger Bäckergehilfen geholfen werden können. (Mit welchen Mitteln, unterließ er anzuführen.) Diesen Ausführungen trat Gauleiter Gafner entgegen und hatte dabei die Mehrzahl der Anwesenden auf seiner Seite. Er wies dem Zentralvorstand nach, daß er selbst nicht wisse, weshalb die christlichen Gewerkschaften gegründet wurden, denn was er erzählte seien Märchen gewesen. Besonders scharf zerpflückte er die christliche Weltanschauung, indem er derselben die sozialistische gegenüberstellte. So ist nach der christlichen der erste Grundbaß die Entfaltung, der zweite der unbedingte Gehorsam, der dritte das Mitleid und das Almosen und der vierte die Gebetshilfe und die Hoffnung aufs Jenseits. Die sozialistische Weltanschauung will dagegen erstens Wohlergehen für alle, zweitens Freiheit und Recht für alle, drittens Solidaritätsübung und viertens Selbsthilfe durch die Organisation für ein besseres Erdenleben. Alle diese Punkte belegte Kollege Gafner mit praktischen Beispielen und Vorgängen der letzten Zeit auf christlicher Seite. Nach



Bischof Henle-Regensburg vereinbare sich die gewerkschaftliche Organisation überhaupt nicht mit der göttlichen Weltordnung und ein richtiger Katholik darf derselben nicht angehören. Demgegenüber stehen Ansprüche von Geistlichen, nach welchen im Sozialismus das echte Christentum enthalten ist. Man sieht ja tagtäglich wie die Reichen auf das Christentum pfeifen und nur noch die Armen mit dem christlichen Evangelium beglückt werden. Redner zählte dann die vielen großartigen Erfolge des Verbandes auf und brandmarkte das Verhalten des Referenten, der unsere Erfolge verächtlich machen wollte und die des christlichen Verbandes, von dem niemand etwas weiß, besonders lobte. Auch die scholle Handlungsweise der „Solidarität“ anlässlich des Berliner Streiks wurde festgenommen. Daß die Weltbeglückung in Augsburg in der Arbeiterzerspaltung nicht viel ausrichten können, zeigte der den Ausführungen Gagners folgende brausende Weisfall, in den auch mehrere Christliche einstimmten. Nun aber ging's los; erst Maier-Passau, dann Christian Schmitz, voreerst zur Diskussion und dann nochmals zum Schlußwort. All die München-Gladbacher wurden hervorgeholt. Mit spöttischem Gekicher und Verdrehungen suchte man die Ausführungen Gagners zu widerlegen. Doch es nützte alles nichts. Der Fischzug ist mißglückt. Gines jedoch hat die Versammlung gebracht; die Anwesenden — leider zum Schluß nur noch einige wenige — haben sich ein Urteil darüber bilden können, wohin sie gehören. Dort, wo der große Generalfstab anderntags sein Zelt aufschlug, wird es ihm wohl nicht anders ergangen sein. Denn so christlich wie Schmitz meint, sind nicht alle bayerischen Bäckergehilfen. Das hat auch Herr Konrad in Ingolstadt schon erfahren. Daß die christliche Arbeiterbewegung selbst auch bei den Bäckergehilfen keinen Fuß fassen kann, daran sind die zentrumsfreundlichen Meister schuld, die den Gesellen als abschreckendes Beispiel dienen.

Göttingen. Am 14. September fand hier eine öffentliche Bäckerversammlung statt, zu welcher auch die neue Göttinger Bundesmitgliederschaft vollständig erschienen war. Kollege Weber-Hannover behandelte das Thema: Bäckerinnung, gelber Bund und Verband. Er führte den Anwesenden vor Augen, wie die Bäckerinnung in Göttingen es nunmehr fertig bekommen habe, die Gehilfen durch Zuführung zum gelben Bund vollständig davon abzuhalten, Gehilfeninteressen zu vertreten. In den Ergründungen des letzten Jahres zeigte Weber, wie der Verband die Geselleninteressen wahrnimmt und wie auf der andern Seite der gelbe Präsident die Gesellenchaft zu einer Judasrolle herabwürdigte, was auf dem letzten „Germania“-Verbandstage in Stuttgart wieder besonders scharf zutage trat. In der Diskussion stellte sich ein gelber Mustergefelle namens König den Anwesenden als Frankfurter und Berliner Streikbrecher vor. Er betonte wiederholt ausdrücklich, daß er Streikbrecher und stolz auf diesen Titel sei; ihm habe es besondere Freude gemacht, in Frankfurt während des Streiks arbeiten zu können. Zum Beweis, wie der „rote Verband“ die Geselleninteressen vertritt, erzählte er folgenden Blödsinn: In Mainz und Wiesbaden hätten die Gelben sowohl als auch der Verband dieses Jahr Lohnforderungen gestellt. Im Tarifentwurf des Verbandes seien die Lohnsätze bedeutend niedriger gewesen als die des Bundes. Die Innungen hätten aber trotzdem mit dem Bunde einen Tarif abgeschlossen und nicht mit den Roten. Weiter sprachen noch einige Bäckermeister in der Diskussion; zunächst gestanden sie offen zu, daß die Interessen der Meister und die der Gesellen wesentlich verschieden sind. Sie könnten aber dem Hamburger Verband keine Sympathien abgewinnen, weil derselbe sich mit Haut und Haaren den Sozials verrieben habe, andererseits sich jedesmal so riesig freue, wenn ein neuer Großbetrieb entstanden sei. Weber sowohl als auch der Versammlungsleiter, Kollege Sirtl, gaben diesen Herren wie dem gelben Streikbrecherkönig die gebührende Antwort. Wir können mit großer Befriedigung auf diese Versammlung blicken; manch einem der Gelben ist es doch gedämmert, welch zweifelhafte Charaktere sich als gelbe Führer aufgeworfen haben. Einer dieser Kuriereten ließ sich nach Schluß der Versammlung in den Verband aufnehmen.

Sarburg. In der am 7. d. M. bei E. Biffenhop abgehaltenen Mitgliederversammlung behandelte Kollege B. Thierfelder das Thema: „Geschichte der Gewerkschaften“. Redner erledigte seine Aufgabe in vorzüglicher Weise und mit der Motivierung, daß es zur Befreiung der Arbeiterklasse aus den Händen der Reaktion nur eins geben kann und zwar Anschluß an die Gewerkschaften und an die politische Partei, die einzig und allein für die Arbeiter eintreten. Das Referat wurde mit Beifall aufgenommen. Der Verlauf des diesjährigen Stiftungsfestes war für die Kasse befriedigend. Auf Antrag des Kollegen Wiesnestsy wurden vom Ueberfluß M. 10 dem Wahlfonds, auf Antrag des Kollegen Rose M. 20 dem Jugendausschuß überwiesen. Den Kartellbericht gaben die Kollegen Sitz und Rose. Sie hoben besonders hervor, daß über die Fabrikate der Mühlenfirma Plange-Wilhelmsburg der Boykott verhängt wurde.

Moosburg. (M i s t ä n d e i m B ä c k e r g e w e r b e.) In diesen Jahre wurde in Moosburg mit drei Bäckereien ein Tarifvertrag abgeschlossen, der die Arbeitszeit regeln soll, und nach dem für gesetzlich erlaubte Ueberstunden 50 % vergütet werden sollen. Wie sich aber die Herren Bäckermeister das Tarifabschließen und Einhalten denken, davon ein Beispiel: In der Bäckerei Zeilmeier ist die Arbeitszeit von 7 1/2 Uhr abends bis 11 Uhr mittags mit einer Pause von 1 1/2 Stunde. Es müßten laut Tarif zwei Ueberstunden bezahlt werden, daß aber das Herrn Zeilmeier nicht einfällt, beweist sein Benehmen als der Arbeitervertreter vorstellig wurde und ihn auf das Tarifverhältnis aufmerksam machte. Herr Zeilmeier erklärte, die Arbeitszeit bleibt nach wie vor. Aus diesem heraus ist zu schließen, daß die gesetzlichen Bestimmungen mit Füßen getreten werden und für die Ueberstunden eine Bezahlung nicht erfolgt. Die Arbeitszeit für die Lehrlinge entspricht auch den gesetzlichen Bestimmungen nicht, weil der Lehrling im zweiten Lehrjahr um drei Stunden und der im dritten Lehrjahr um zwei Stunden länger arbeiten muß. Das gleiche trifft in der Bäckerei Heinrich zu, dort wird nicht einmal die ununterbrochene achtstündige Ruhezeit eingehalten. In der Bäckerei Karg ist täglich Ueberarbeitszeit zu verzeichnen von zwei bis drei Stunden. Unter diesen Verhältnissen begreifen wir gerne, warum Herr Karg seinen Gesellen das Koalitionsrecht vorenthält. Der Bäckermeister-Verbandstag in Stuttgart hat es ja offen ausgesprochen, daß das Koalitionsrecht für die Bäckergehilfen nicht notwendig ist.

Die Verhältnisse lehren uns aber etwas ganz anderes. Ein weiteres Beispiel zeigt uns, wie Bäckermeister den Unverstand der Arbeiter ausnützen. In der Konwarenfabrik Othenrieder ist ein Italiener beschäftigt, der von früh 6 Uhr bis abends 6 Uhr arbeitet. Der Bäckermeister Andreas Zieglermeier benutzte diesen Arbeiter in der Nacht von 2 Uhr an zur Herstellung von Backwaren bis früh morgens, bis wieder die Arbeit in der Fabrik beginnt, dafür erhält er das Essen und die Wohnung bei Herrn Zieglermeier. Das sind nette Zustände im zwanzigsten Jahrhundert. Wie sieht es hier übrigens mit dem Versicherungsverhältnis, oder ist der Mann zweimal versichert? Laufende von Bäckergehilfen werden jährlich aus dem Berufe gestoßen, weil die Arbeitskräfte in überfülltem Maße vorhanden sind durch die Lehrlingszuchterei, durch übermäßig lange Arbeitszeit, sperrt man den gelernten Arbeitern den Weg ab, im eigenen Berufe Arbeit zu finden. Dieser Fall zeigt uns aber auch noch, daß man durch Heranziehung von Arbeitern, die in andern Betrieben stecken, auch noch Gehilfen ersparen kann. Die Bäckermeister auf dem Lande würden vielleicht gerne erklären, die hohen Löhne sind schuld, daß wir zu solchen Mitteln greifen, aber es ist zu offenkundige Tatsache, daß in den Bäckereien, wo kein Tarifverhältnis besteht, die reinsten Hungerlöhne vorhanden sind. Man findet, daß M. 5 bis 6 pro Woche bei halber Kost und Wohnung bei einer Arbeitszeit von 90 bis 96 Stunden pro Woche bezahlt werden. Weitere Kritik wollen wir hier nicht üben, wir fragen nur: Wo sind hier die Aufsichtsorgane? Es wird uns mitgeteilt, daß eine Revision in den Bäckereien schon seit langem nicht mehr stattgefunden hat. Hoffentlich genügen diese Zeilen, daß sobald wie möglich Ordnung geschaffen wird. Die Arbeiterschaft von Moosburg und Umgegend wird aus den Verhältnissen aber jedenfalls die nötige Lehre ziehen und ihre Klassengenossen in dem Kampf um Menschenrechte bis aufs äußerste unterstützen. Wir aber rufen den Landkollegen zu: Wenn andere Verhältnisse eintreten sollen, dann müßt Ihr Euch dem Zentralverband der Bäcker und Konditoren anschließen, denn nur in geschlossenen Reihen können wir den Bäckermeistern erklären, daß auch wir ein Recht haben, als Mensch unter den Menschen zu leben.

Straubing. In einer gut besuchten Versammlung am 13. September referierte Gauleiter Gagnier über: „Bäckermeisterverbandsstage, deren Beschlüsse und unsere diesjährigen Erfolge.“ Redner zeigte, wie gründlich auf den Meisterverbandsstagen die Tagesordnung behandelt wird. So haben die Franken in Bayreuth in vier Stunden 18 Punkte erledigt; auf dem Germaniatag in Stuttgart in einer halben Stunde acht Punkte. Nur wenn es gilt, Gesellenforderungen zu bekämpfen, wird etwas länger dummes Zeug zum Fenster hinaus gesprochen, und zwar aus Angst, es könnten die Bäckermeisterbänche darunter zu leiden bekommen. Daß aber alle reaktionären Beschlüsse nichts nützen, beweisen unsere diesjährigen Kämpfe und Erfolge. Wenn in Straubing die Bewegung durch den Schiedsspruch des Einigungsamtes nicht zur Durchführung kam, so gilt es, den Kopf trotzdem hoch zu halten und zu rüsten. Zum Schluß wurde auch eine Ausstreunung: Gagnier hätte einen Bäckermeister erlucht, sie sollten doch nur 50 % bewilligen, damit die Verbandsmitglieder weiterbezahlen, als das gefennzeichnet, was es ist. Alle Kollegen waren sich einig, daß solche Redensarten nur geführt werden, um den Verband zu schädigen und die Mitglieder kopfscheu zu machen. Nachdem ein Antrag Annahme fand, daß gegebenenfalls gerichtlich vorgegangen wird, erreichte die Versammlung ihr Ende. So mancher wankelmütige Kollege schöpfte aus dieser Versammlung wieder frischen Mut zu weiterer Agitation.

Fabrikbranche.

Berlin. Sind die Kollegen und Kolleginnen in den Schokoladen- und Zuckerwarenfabriken stark genug, in diesem Jahre in eine Lohnbewegung einzutreten? Dieses Thema behandelte in einer Mitgliederversammlung der Kollege Thieme und ging ausführlich auf all das ein, was notwendig ist, um endlich einmal für diese Branche menschenwürdige Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu schaffen. Nachstehende Resolution fand einstimmige Annahme: „Die heute hier versammelten Kollegen und Kolleginnen der Schokoladen- und Zuckerwarenfabriken sind entschlossen, in dieser Saison in eine Bewegung einzutreten, um die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der heutigen Zeit entsprechend zu gestalten. Die Verbandsleitung wird beauftragt, alle notwendigen Schritte vorzubereiten.“

Für die bei der Firma Sarotti Beschäftigten fand am 8. September eine gut besuchte Versammlung statt. Wenn die Begeisterung der hier Versammelten eine dauernde bleibt, dann wird in allernächster Zeit für die Arbeiterschaft bei Sarotti ein menschenwürdiges Dasein geschaffen werden können. Es ist geradezu empörend, in welcher ausgeflügelter Weise jahrelang beschäftigt gewesene Arbeiter von dieser Weltfirma entlassen werden. Auch die Besucher dieser Versammlung stimmten einmütig für die vom Referenten Thieme vorgelegte Resolution. Eine größere Anzahl von Aufnahmen wurde vollzogen. Die Würfel sind gefallen; an uns wird es liegen, für einen ehrenvollen Ausgang dieser Bewegung zu sorgen.

Am 15. September kamen die in den in der Gegend des Gesundbrunnens befindlichen Fabriken Beschäftigten in Ballschmieders Saal zusammen, während sich im Saale der Brauerei am Tempelhofer Berg die Arbeiter und Arbeiterinnen versammelt hatten, die im Süden und Südosten der Stadt, hauptsächlich in der großen Fabrik von Sarotti beschäftigt sind. — Referenten aus der Leitung der Organisation sprachen in beiden Versammlungen. Ausgehend von einer Besprechung der in den Fabriken herrschenden Verhältnisse zeigten die Redner, daß es kein anderes Mittel gibt, die Verhältnisse zu bessern, als den Anschluß an die Organisation. Die große Fülle von Einzelheiten, die aus den verschiedenen Betrieben der Branche vorgebracht wurden, zeigten recht deutlich, wie notwendig es die Arbeiter und Arbeiterinnen in den Schokoladen- und Zuckerwarenfabriken haben, sich energisch zu rühren, um die Mißstände, unter denen sie zu leiden haben, zu beseitigen und sich erträgliche Arbeitsbedingungen zu erringen. Wie ausgeführt wurde, sind Wochenlöhne von M. 10 bis 11 für Arbeiterinnen an der Tagesordnung, ja im Ufford werden nicht selten nur M. 7 bis 8 verdient. Selbst männliche Spezialarbeiter müssen oft mit Wochenlöhnen von M. 20 bis 21 vorlieb nehmen. Mit derartigen Hungerlöhnen

werden Arbeiter und Arbeiterinnen abgepeißt, während den Fabrikbesitzern, beziehungsweise den Aktionären Gewinne bis zu 27 pZt. in den Schoß fallen. Eine bekannte Schokoladenfabrik erzielte einen Reingewinn von M. 900 und eine andere sogar M. 1653 pro Kopf der Beschäftigten. Angesichts der reichen Gewinne auf der einen und der elenden Löhne auf der andern Seite haben die Arbeiter und Arbeiterinnen guten Grund, ja die dringende Pflicht, eine Aufbesserung ihrer Löhne zu verlangen. Damit sie es in wirksamer Weise tun können, muß natürlich der Gedanke der Solidarität gestärkt und müssen die Reihen der Organisation vermehrt werden.

Stettin. Die am 9. September stattgefundene Sektionsversammlung hatte sich eines recht guten Besuches zu erfreuen, was auch vom Sektionsleiter lobend hervorgehoben wurde. Nicht nur, daß wir manche unserer weiblichen Mitglieder wiedersehen, die wir in letzter Zeit in den Versammlungen vermißten, sondern auch die Konjumbäcker, die infolge ihrer wirtschaftlichen Unabhängigkeit berufen sind, bei der Kleinagitation dieser Berufsgruppe zu einem beträchtlichen Teile mitzuwirken, dabei auch ganz anerkanntswerte Erfolge erzielt haben und deshalb auch in steter Frühling bleiben müssen, hatten sich in erheblicher Anzahl eingefunden. Ein Beweis, daß der kameradschaftliche Geist, der die beiden Berufsgruppen seit der Verschmelzung verband, in verstärktem Maße sich geltend macht. Arbeitsekretär Decker referierte unter dem Beifall der Versammlung über das Thema: „Ist die gewerkschaftliche Organisation im Hinblick auf die Volkswirtschaft notwendig?“ Es wurde noch auf die am Sonnabend, 30. September, in Ubrechts Klub- und Ballhaus, Gießereistraße 49, stattfindende öffentliche Versammlung der Fabrikbranche (mit nachfolgendem geselligen Beisammensein) hingewiesen, wobei freudig begrüßt wurde, daß es gelungen ist, den Gauleiter Hejschold als Referenten zu gewinnen. Nun müssen aber auch unsere Kolleginnen und Kollegen in bezug auf die Agitation ihre volle Schuldigkeit tun. Nicht nur, um die in letzter Zeit neu gewonnenen Mitglieder, sondern auch die uns noch fernstehenden Berufsangehörigen zum Besuch dieser Versammlung zu veranlassen. Dann wird es ganz zweifellos sein, daß wir auch hierdurch wieder ein gutes Stück vorwärts kommen. Deshalb, Kolleginnen und Kollegen, nützet die Zeit aus! Auf zur Agitation! Sorgt für Massenbesuch dieser Versammlung. Und vor allem ihr Hauskassierer, weist die Mitglieder auf die Versammlung und die damit verbundenen Pflichten hin. Aufmerksam machen wir bei dieser Gelegenheit schon heute, daß unser Herbstvergügen am Sonnabend, 28. Oktober, im Lokale des Herrn Gremette, Gustav-Udolf-Straße, stattfindet.

Aus Unternehmerrreisen.

Bäckerei.

Bauernschlaueit des Innungszweckverbandes in Berlin. Einen überaus feinen, raffinierten Plan scheinen sich die Macher des Berliner Bäckerinnungszweckverbandes ausgedenkt zu haben, um bei zukünftigen Boykotts diese Waffe der Gesellenleitung aus der Hand zu winden.

Schon bei den Einigungsverhandlungen vor dem Gewerbegericht anlässlich der letzten Lohnbewegung teilten Fritz Schmidt und Müller, die Leiter des Zweckverbandes vereinigter Bäckerinnungen von Groß-Berlin, den Gesellenvertretern mit, daß sie beabsichtigen, falls es zu einer Einigung über die Forderungen komme, zu erklären, daß die Meisterchaft nun zu einer kleinen Verteuerung der Backwaren kommen werde, da sie die Mehrkosten die ihr durch die Annahme der Gesellenforderungen erwachse, nicht allein tragen könne. Ganz unumwunden sprachen die Herren die Erwartung aus, daß die Gesellenvertreter nicht dagegen opponieren, sondern eher das Vorgehen der Meister für gerechtfertigt ansehen und dies ebenfalls aussprechen werden. Die Gesellenvertreter hatten für diese Zumutung nur ein abweisendes Lächeln übrig, und als schließlich der Schiedsspruch in der Frage des Ruhetages auch nicht den geringsten Fortschritt gegen den bereits bestehenden Zustand brachte, machten sie gar kein Hehl daraus, daß man das Verlangen der Meisterchaft nach einem Aufschlag auf den Preis der Waren aus Anlaß des Schiedspruchs unter keinen Umständen für gerechtfertigt halten könne. Der Schiedsspruch wurde nun bekanntlich vom Zweckverband der Innungen abgelehnt, und die Innungsleiter konnten naturgemäß ihre Ankündigung, daß man den Preis der Ware nun verteuern werde, nicht loslassen. Den Plan der Verteuerung selbst wollte man jedoch nicht aufgeben; war er doch allzu verlockend. Es mußte also ein anderer Weg gewählt werden und, das muß den Zweckverbandsmachern der Reiz lassen, sie haben ihr Gehirn eifrig zermartert, um einen solchen Weg zu finden. Es mußte eine in einem Berliner Vorort gelegene Innung, welche fast ausschließlich Arbeiterkundschaft besitzt, als Versuchskaninchen herhalten. Eine solche Innung war bald gefunden.

Bekanntlich hatte neben einigen andern Innungen auch die Bäckerinnung von Ober-Schönevide den Schiedsspruch entgegen dem Beschluß des Zweckverbandes annehmen wollen, wurde jedoch von der Lohnkommission darauf aufmerksam gemacht, daß dies nicht möglich sei, sondern daß die neu formulierten Gesellenforderungen überaII angenommen werden müßten. Den Innungsmitgliedern in Ober-Schönevide stehe es frei, diese nach dem Schiedsspruch formulierten Forderungen in corpore anzunehmen. Das war nun auch entgegengefallen und die Lohnkommission glaubte, die Sache sei in diesem Vorort auch erledigt.

Da erhielt die Leitung in Berlin plötzlich und unerwartet von einem Coup der dortigen Bäckermeister Kenntnis. In sämtlichen Frühstücksbeutel fanden die Arbeiter in Ober-Schönevide eines Morgens ein Flugblatt, in welchem der Kundschaft mitgeteilt wurde, daß die Bäckermeister, die angelich samt und sonders die Gesellenforderungen anerkannt hätten und auch streng gewissenhaft (???) erfüllen, nunmehr gezwungen seien, nicht mehr wie bisher fünf Stück Ware für 10 M., sondern nur noch vier Stück für diesen Preis zu liefern. Allerdings, so hieß es im Flugblatt, werde das Gewicht der Ware entsprechend größer sein, und dann wolle man auch durchweg Rabattmarken, für einzelne Waren sogar doppelte, verabsolgen. (Bisher wurden Rabattmarken nur von einzelnen Außenseitern von Bäckermeistern verabsolgt.)

Die Arbeiterschaft von Ober-Schöneweide wollte sich jedoch diese Neuregelung der Backwarenpreise nicht ruhig gefallen lassen. Sie berief sofort eine Protestversammlung ein, in welcher unser Kollege Schneider als Referent den Standpunkt der Gefellenschaft darlegte und nachwies, daß das Vorgehen der Bäckereinnung von Ober-Schöneweide geradezu rigoros genannt werden müsse und daß speziell der Hinweis des Flugblattes, daß die Besserstellung der Gesellen die Ursache der Preissteigerung sei, völlig unbegründet ist. Die Innung von Ober-Schöneweide mußte den schlaunen Plan, die Gesellenforderungen als Ursache der Verteuerung vorzuschützen, auch endgültig fallen lassen.

Nun hat aber die ganze Presse der Bäckereinnungen, besonders aber die Sprachrohre des Innungszweckverbandes, ein wahres Wutgeheul darüber angestimmt, daß durch das entschiedene Eintreten der Organisationsvertreter ihr schlaun angelegter Plan so jämmerlich Schiffbruch erleidet mußte. In einer Gesamtvorstandssitzung des Berliner Innungszweckverbandes berichtete Obermeister Strache über den Ausgang der Sache, wobei er zu seinem Leidwesen erklären mußte, daß die ganze Aktion durch jene Volksversammlung elend ins Wasser gefallen sei. Daran knüpft nun die Innungszeitung in ihrer bekannten Weise Pöbeleien der widerlichsten Art. Sie faßelt von „hochtönenden“ Worten der Heßhald und Genossen, von Versicherungen, die die betreffenden vor dem Gewerbegericht gegeben hätten, daß die Innungen die Unterstützung des Verbandes haben werden, wenn sie Auswüchse, wie Zugabe und Marken, beseitigen wollten.

Daß es dabei nicht ohne Unwahrheiten abgehen konnte, ist für Kenner der Berliner Zweckverbandsmacher nur etwas Mätlägliches und nicht aufregend. So hat zum Beispiel Heßhald nirgends, auch nicht vor dem Gewerbebericht, den Innungen die Unterstützung in ihrem eventuellen Vorgehen gegen das Marken- oder Zugabewesen zugesagt, sondern nur den Standpunkt vertreten, daß beides auch von der Gefellensorganisation als ein Uebel und verpöckter Betrug der Kundschaft empfunden werde.

In Ober-Schöneweide hat es sich aber zum Ueberflus nicht um eine Beseitigung des Rabattwesens gehandelt, dort wollte man, wie dies ausdrücklich im Flugblatt bekannt gemacht war, das Rabattunwesen, um damit die Verteuerung der Backwaren schmackhaft zu machen. Gegen diesen Versuch der Innung, diesen Rabattschwindel dort einzuführen, wo er noch nicht besteht, hat sich Schneider in der betreffenden Volksversammlung mit aller Entschiedenheit gewandt und das ganze Rabattwesen für blanken Schwindel und eine Gefahr für die Kämpfe der Arbeiterschaft erklärt.

Also der Zweckverband will das Rabattunwesen einführen und die Gefellensorganisation tritt diesem Versuch mit aller Entschiedenheit entgegen. Das hindert freilich die Innungszeitung nicht, ihren gläubigen Schäfchen vorzulügen: „Der Gefellensverband fällt dem Zweckverband in die Arme, wenn dieser das Markenwesen beseitigen will.“ Ganz die Manier der Berliner Innungen.

Aber der müttende Haß, den die Innungsmeute jetzt auf Schneider und die Gefellensorganisation geworfen hat, zeigt nur, was beabsichtigt war: Man wollte, wenn das Experiment in Ober-Schöneweide geglückt wäre und die Gefellensvertreter entweder geschwiegen oder gar der Verteuerung zugestimmt hätten, überall in derselben Weise vorgehen. Ueberall hätte man erklären können: durch die Bewilligung der Gefellensforderung sei man gezwungen, die Waren zu verteuern. Man hoffte damit, besonders die Arbeiterkundschaft kopfscheu zu machen und zu erreichen, daß dieselbe in Zukunft die Kämpfe der Gefellenschaft entweder gar nicht mehr oder doch nur völlig ungenügend unterstützen werde.

Diese schlaue Berechnung hat nun leider ein großes Loch bekommen und so begreift man schon die unbändige Wut der Innungsdrachtzieher. Wenn es den Herren aber ein Trost sein sollte, so mögen sie versichert sein, daß sowohl Schneider als auch die gesamten Berliner Kollegen sie recht sehr bedauern werden.

Großindustrie.

Herr Greiert-Dresden fungiert nicht, wie wir irrthümlicherweise in Nr. 36 berichteten, als Syndikus der Vereinigung deutscher Zuckerwaren- und Schokoladefabrikanten, sondern als Syndikus des Verbandes deutscher Schokoladefabrikanten; er hat der Nürnberger Hauptversammlung der Vereinigung nur als Gast beigewohnt. Wir bitten, von dieser Berichtigung, die uns Herr Greiert sendet, Notiz zu nehmen.

Aus gegnerischen Organisationen.

Die Vereinsmeierei der Konditorgehilfen geht jetzt in die tollste Verbandsmeierei über. Nachdem, wie wir schon berichteten, eine „westdeutsche“ und eine „badische“ Vereinigung der dortigen Einzelvereine zustande gekommen ist, haben auch die Bayern beschlossen, die Mode mitzumachen. Sie kamen in Bamberg zusammen, und nach einem Berichte über den Heidelberger „Gehilfentag“ wurde die weitere Verfolgung der Angelegenheit dem Verein „Franken“-Nürnberg übertragen. Man plant einen süddeutschen Verband einschließlich Elsaß-Lothringen und der Pfalz, „welcher aber keinen politischen Tendenzen huldigen, sondern nur auf neutraler, nationaler und rein sachlicher Grundlage aufgebaut werden soll“.

Süß heil! Unsere Selbständigen haben wahrlich Glück. Es hat ihnen wenig Mühe gekostet, das schon immer blühende „Standesbewußtsein“ und die damit verwaachsenen „Meistertreue“ der Gehilfenschaft in letzter Zeit zur höchsten Potenz zu steigern, und die Herren Kaidenbach und Genossen würden sicher vor Vergnügen Purzelbäume schlagen, wenn sie nicht alle samt und sonders schon etwas fett geworden wären. Die neuen Gründungen stehen ja ausnahmslos unter der Protektion der Meister und sind alle gegen den fordernden Teil der Gehilfenschaft gerichtet. Wir werden es nicht zu langer Zeit erleben, daß, wenn die unsern Verbände angeschlossenen Kollegen Schritte zur Verbesserung ihrer Lage unternehmen wollen, offiziell die „neutralen Verbände“ gegen uns aufgeboden werden. Nun, auch mit dieser Entwicklung werden wir uns abzufinden

wissen! Sie kann angesichts der bestehenden Mißstände in unserm Berufe nur dazu beitragen, den denkenden Kollegen immer schneller die Augen darüber zu öffnen, daß alle Vereinsmeierei ein Schlag gegen die eigenen Interessen ist und nur ein Zusammenschluß auf freigewerkschaftlicher Grundlage der Gehilfenschaft diejenigen Rechte verschaffen und sichern kann, auf welche sie Anspruch hat!

Um den Unfinn voll zu machen, meldet sich nun auch noch ein Fabrikonditor, vielmehr ein „Herr Fabrikonditor“; denn er unterscheidet streng zwischen den „gelernten Herren“ und dem gewöhnlichen Plebs, und macht den Vorschlag einer neuen Verbandsgründung. In einer Nummer der „Trierschen Konditorzeitung“ hatten nämlich „Einige Fabrikonditoren“ „Etwas über die Ursache der niedrigen Löhne in der Schokoladen- und Zuckerwarenbranche“ zusammengeredet und diese Ursache der Lohnrückerei solchen Kollegen zugeschrieben, welche aus den Backgeschäften in die Fabriken hinüberwechseln sowie dem Umstande, daß Hilfsarbeiter allmählich in Spezialposten einrücken und dort gleichfalls mit geringerem Lohn zufrieden sind als die Gelernten.

Womit ja nichts Neues gesagt war. Ob diese „Einige Fabrikonditoren“ von einer Organisation, die nicht nur diesen, sondern auch allen andern Mißständen in den Fabriken auf den Leib rückt, noch nicht gehört haben oder ob sie in der „Trierschen“ auf diese Organisation nicht hinweisen wollten — am Schlusse meinten sie nur: „Es wäre zu wünschen, daß diese Mißstände abgeklärt würden.“ Hierzu nimmt nun in einer der nächsten Nummern ein anderer das Wort. Er ist aber nicht so ratlos, sondern gibt die Parole aus, daß die „Herren Kollegen“ einfach den „Herren aus der Konditorei“, die in die Fabrik kommen, sowie den Hilfsarbeitern die Spezialkenntnisse vorenthalten sollen, und sagt dann als Schlußwort:

„Es wird wohl gewisse Leute geben, welche unsere Artikel als Agitationsmittel benutzen und rufen „Kollegen, seht eure traurige Lage und organisiert Euch!“ Was wir aber von diesen Leuten zu erhoffen haben, weiß jeder, welcher schon damit zu tun gehabt hat und wenn wir warten wollen, bis diese Organisationen unsere Lage bessern — ich glaube das erleben wir nie, denn bis zur Stunde sind noch keinerlei Erfolge zu verzeichnen gewesen, wenigstens für uns Fabrikonditoren nicht. Der beste Weg, welchen ich vorschlagen könnte, wäre derjenige: „Gründen wir einen Verband, ganz nach dem System des Deutsch-Nationalen Handlungsgehilfenverbandes, wo mit anständigem guten Lohne bedeutend mehr erzielt wird, wie bei unnützen Streiks.“

Der Gute! Er sitzt mitten drin im Glücke und kann es nur nicht fassen. Was er wünscht, ist ja schon alles da: die Halleischen „Nationalen“ nehmen ja, trotzdem sie angeblich eine Backgehilfenorganisation vorstellen wollen, ganz gern auch die Kollegen aus den Fabriken auf (natürlich nur soweit es „Herren“ sind), fernermalen ihr Vorsitzender selber schon seit langer Zeit in einer Fabrik arbeitet, und was den anständigen, guten Lohn und die Fähigkeit zum Nichtstreifen anbetrifft, so konfuriert mit den „Nationalen“ ja auch noch der Hirsch-Dunckerse Gewerksverein, der trotz seiner 79 Mitglieder, die er am Schlusse 1910 schon hatte, ganz gern den Artikelschreiber der „Trierschen Konditorzeitung“ und seine Gefinnungsgenossen in die Arme schliefen wird.

Ein gesundes Fressen. Die christliche „Solidarität“ bringt eine mehr als anderthalb Spalten umfassende Notiz, welche die Spitzmarke „Mißwirtschaft in einer sozialdemokratischen verwalteten Ortskrankenkasse“ trägt und über eine in Düsseldorf stattgefundene Schöffengerichtsverhandlung berichtet. Kurz nach dem Urtat auf das Selbstverwaltungsrecht der Arbeiter hielt das Düsseldorfer Zentrum eine Versammlung ab, in welcher der „christliche“ Arbeitersekretär Növen die arbeiterfeindlichen Sünden seiner Partei rechtfertigte und gleichzeitig die Gelegenheit benutzte, in der bekannten Manier über die Mißwirtschaft in den „sozialdemokratischen“ Ortskrankenkassen loszuziehen. Als Beweis führte er auch die Düsseldorfer Gemeinssame Ortskrankenkasse an. Der Vorstand dieser Kasse beauftragte nun den ersten Vorsitzenden, einen Ziegelei-besitzer Füllstrung, im Namen sämtlicher Vorstandsmitglieder zu klagen. Diesem Auftrag kam er aber nur insofern nach, als er für seine Perion klagte; außerdem stellte noch der Geschäftsführer Lejser Strafantrag. Bei der Verhandlung erklärte ein früheres bürgerliches Vorstandsmitglied, der Kunstbändler Fiset, daß er als Vorsitzender der Anstellungskommission beobachtet haben wollte, bei Anstellung neuer Kräfte seien Sozialdemokraten bevorzugt worden. Der Geschäftsführer Lejser habe in seiner Kassenführung sich Schlamereien zuschulden kommen lassen; wären diese einem andern nicht sozialdemokratischen Beamten nachgewiesen worden, so würde dieser gewiß seines Postens sofort entbunden worden sein. Die Verhandlung endete mit einem Vergleich. Nachdem der Angeklagte erklärte, er habe S. mit den inkriminierten Behauptungen nicht treffen wollen und bei L. die Erklärung abgab: Ich, der Angeklagte, erkläre, daß der Privatkläger zu 2 sich an bei der Kasse betriebener sozialdemokratischer Propaganda nicht beteiligt und eine solche auch nicht begilligt hat, zogen die Kläger die Klage zurück.

Die „Solidarität“ hängt dem Bericht nachstehendes Schwänzen an: „Diese Verhandlung wirft wieder einmal ein grelles Licht auf die sozialdemokratische Partei-Wetter-Mißwirtschaft. Einem derartigen Treiben ist durch die neue Reichsversicherungsordnung ein für allemal ein Niegel vorgeschoben.“ Die Düsseldorfer sozialdemokratische Zeitung schrieb bereits anfangs September gleich nach der Verhandlung: „Als vor etwa drei Jahren Herr Lejser wegen seiner wiederholten Disziplinwidrigkeiten aus der sozialdemokratischen Partei ausgeschlossen wurde, da war es gerade die bürgerliche Presse, die sich seiner annahm und ausprach: die Partei stoße die fähigsten Köpfe von sich ab. Wir wetten tausend gegen eins: hätte der Vorstand den Herrn Lejser wegen eines der von Herrn Fiset angegebenen Vorkommnisse entlassen, die ganze Zentrumspressemeute hätte über den Gewaltakt des sozialdemokratischen Vorstandes Entrüstung gemittelt und geschrien: Seht da, nachdem sie den fähigsten Kopf aus ihrer Partei hinausgeworfen, werfen sie ihn auch aus seiner Stellung, überliefern ihn dem Hunger.“ Weiter ver-

öffentlichte der Kassenvorstand in den Tageblättern eine Erklärung, nach welcher er den abgeschlossenen Vergleich mißbilligt und alle zulässigen Mittel anwenden wird, um eine Klarstellung herbeizuführen.

Der „Solidarität“ sind bestimmt beide Tatsachen bekannt, trotzdem schlachtet sie die Verhandlung in perfider Weise gegen die Sozialdemokratie aus und dreht die Sache so, als hätten die christlichen Gewerkschaftsführer im Reichstag durch das Urtat auf das Selbstverwaltungsrecht der Arbeiter ein gutes Werk verrichtet. Dieser Gaunertrick ist aber diesmal den „Christlichen“ nicht gelungen.

Selber Unterstützungschwindel. Ein günstiger Wind mehte unsern Berliner Kollegen zwei Schriftstücke auf den Bureauisch, die die Wirtschaft bei dem „großen“ 13 000 Mitglieder starken Bunde recht eigentümlich beleuchten. Seit ihrem Bestehen versucht es diese Gesellschaft, mit ihren angeblichen Unterstützungen Gimpel einzuzufangen und alljährlich bringen die Leimruten spaltenlange Vorschläge, wie diese Unterstützungen ausgebaut und verbessert werden können. Kommt nun aber wirklich einmal ein getreues Schäfchen und verlangt Unterstützung, so wird ihm durch tausenderlei Gründe bewiesen, daß er Unterstützung nicht zu fordern hat und solche auch nicht erhalten kann. So hatte sich auch ein solches gelbes Züngelchen vertrauensvoll an den Präsidenten Wischnöbski gewandt, der ihn folgendermaßen abwimmelte:

Werter Kollege!

Im Besitz Deiner werten Karte ersehen wir aus deren Inhalt noch nicht recht klar, was für eine Unterstützung meinst. (Als ob diese Gesellschaft so verschiedenartige Unterstützungen zahlt. Die Red.) In dieser Angelegenheit wende Dich an Deine bisherige Mitgliedschaft. Wir können nicht so ohne weiteres vorgreifen, da uns nicht bekannt ist, ob die fälligen Beitragsmarken alle geleistet sind. (1) Dies wird vielmehr der Vorsitzende Deines früheren Vereins noch wissen. An solchen Orten, wo keine Bundesmitgliedschaft besteht, kann auch niemals Unterstützung ausgezahlt werden. (???) Du schreibst auch nicht, wohin Du Dich zu wenden gedenkst. Es wäre uns sehr lieb, wenn Du uns mal ausführlich schreibst, wie Du Dir das eigentlich gedacht hast. Dann werden wir Dir den richtigen Weg zeigen.

Deiner gefl. Antwort entgegensehend zeichnen wir Mit Bundesgruß G. Wischnöbski.

Also nicht Unterstützung will man zahlen, sondern „den richtigen Weg“ will man zeigen. Anscheinend aber wollte der Betreffende keinen Wegweiser, sondern Geldmittel haben, auf die er glaubte, ein Anrecht zu besitzen. Dem Rat des gelben Präsidenten folgend, wandte er sich nun an den Vorsitzenden seiner früheren Mitgliedschaft in Schönberg bei Berlin. Von diesem erhielt er per Postkarte folgende Antwort:

Schönberg, den

Werter Kollege!

Habe Deine Karte geftern abend erhalten. Ich weiß aber nicht, ob wir verpflichtet sind, Dir zu unterstützen, weil wir Dir nicht nach B. beordern. Aber dennoch hätten wir es gern getan, aber leider sind wir nicht so bei Kasse. Denn wir hatten am Sonntag Kassenabschluss, wo nur ein Kassenbestand von M 7 6 Lieb. Also wirst Du einsehen, daß wir Dir nicht unterstützen können.

Mit Bundesgruß Rudolf Behne, Vors.

Dieses naive Eingeständnis des gelben Behne von dem Dalles seiner Kasse ist ja geradezu köstlich. So sehen die sechs „großen“ Berliner Bundesmitgliedschaften aus. Dabei gehört Schönberg zu den Vororten des äußersten Westens von Berlin und gilt mit Charlottenburg und Wilmersdorf als die eigentliche Domäne der Berliner gelben Bewegung. Wenn also dort, in den Millionärsoorten, die Gelben schon soweit herabgesunken sind, dann kann man sich von ihrer ganzen Jämmerlichkeit einigermaßen eine Vorstellung machen. Der gelbe Bundesbruder wird sich nun schon in Geduld fassen müssen! Aller Wahrscheinlichkeit nach ist dieser Dalles chronisch und in der Bundeszentrale genau so vorhanden als in der „großen“ Schönberger Bundesmitgliedschaft. An faulen Ausreden ist die Gefellenschaft aber, wie der Augenschein lehrt, nicht sehr verlegen.

Polizei und Gerichte.

Abweisung des Antrages der Leipziger Bäckereinnung auf Erlass eines Einhaltsbefehls. Anlässlich des Streiks und Boykotts in Leipzig versuchte die Innung, den Boykott dadurch zu vereiteln, daß sie einige Mitglieder beauftragte, beim Landgericht den Erlass eines Einhaltsbefehls zu beantragen. Zu dieser Mission wurden die Bäckermeister Wuttke, Ahnert, Schmerler und Kühne bestimmt. Der Antrag, nach welchem eine einstweilige Verfügung erlassen werden sollte, keine Flugblätter an die Einwohnerschaft zur Verbreitung gelangen zu lassen sowie die Veröffentlichung der tarifstreuen Betriebe im Inzeratenteil der „Leipziger Volkszeitung“ einzustellen, richtete sich gegen sieben Genossen, darunter den Bezirksleiter Fiß, den Redakteur und Verleger der „Volkszeitung“ und die Firma der Buchdruckerei-Mittensgesellschaft. Der Antrag auf Erlass einer einstweiligen Verfügung wurde zurückgewiesen. Der Begründung entnehmen wir unter anderm folgendes:

„Sie (die Antragsteller) haben nämlich behauptet und auch glaubhaft gemacht, daß an dem gegenwärtigen Bäckereistreik nur 216 Gefellen beteiligt seien, während der durchschnittliche Bestand der bei den Mitgliedern der Leipziger Bäckereinnung beschäftigten Gefellen zurzeit 1250 Personen betrage. Jene Maßnahmen würden nur im Interesse eines ganz geringen Personenkreises betrieben und es ständen aus diesem Grunde die den Antragstellern zugefügten und noch drohenden Nachteile zu dem erzielten Vorteile in keinem erträglichen Verhältnisse. Die von den Antragsgegner gewählten Druckmittel verfließen daher gegen die guten Sitten,

Diesen Ausführungen kann nicht beigegeben werden. Die Antragsteller verweisen zur Unterfützung ihres Gesuches auf einen im Breslauer Bäderfreizeit herbeigeführten Beschluß des Landgerichts Breslau vom 10. Juni 1911, in welchem dieses Gericht sich in der Erwägung, daß damals von 650 Bäckergefellern nur etwa 100 bis 150 in den Ausstand getreten seien, auf den Standpunkt der Antragsteller gestellt hat. Wenn auch zugegeben ist, daß im Lohnkampfe nicht unverhältnismäßig große Nachteile um kleiner Vorteile willen zugefügt werden dürfen, und daß infolgedessen Erwägungen, wie sie das Landgericht Breslau angestellt hat, im einzelnen Falle wohl einmal die Annahme eines Verstoßes gegen § 826 Bürgerlichen Gesetzbuchs rechtfertigen können, so kann dies doch im vorliegenden Falle nicht angenommen werden. Ein Befehl in der Prozesstaxe kann in dieser Beziehung als Richtschnur für solche Fälle nicht dienen, so daß ein Zurückbleiben unter dieser Zahl oder ihr Ueberschreiten den ganzen Kampf und die gewählten Mittel berechtigt oder unberechtigt und unsittlich machen würde, es kommt vielmehr alles auf die Umstände des einzelnen Falles an; die Zahl von 216 Gefellen erscheint aber im Verhältnis zur Gesamtzahl der Bäckergefellern in Leipzig gar nicht unbedeutend. Davon abgesehen, berücksichtigen die Antragsteller aber gar nicht, daß die genannten Maßnahmen nicht nur im Interesse dieses angeblich „ganz geringen Personenkreises“ von 216 Gefellen, sondern im Interesse der gesamten Gefellenschaft Leipzigs betrieben werden, die von den Antragsgegnern angeführte Milderung der Arbeitsverhältnisse der Bäckergefellern überhaupt liegt jedenfalls in deren Interesse. Damit entfällt schon die Annahme, daß das Verhalten der Antragsgegner wegen des von ihnen verfolgten Zweckes als wider die guten Sitten verstoßend anzusehen sei. Es bedarf daher keiner Erörterung und Entscheidung, ob die von den Antragsgegnern vertretenen Wünsche der Bäckergefellern sachlich berechtigt sind.

Hinsichtlich des von den Antragsgegnern zur Erreichung ihres Zweckes gewählten Mittels ist festzustellen, daß ihr Vorgehen auch dadurch nicht den Charakter einer gegen die guten Sitten verstoßenden Handlung angenommen hat, daß die Bitte, die Sache der Bäckergefellern durch Boykottierung der widerstrebenden Meister zu unterstützen, nicht bloß an die Arbeiter Leipzigs, sondern sie etwa Leser der „Leipziger Volkszeitung“ sind, sondern allgemein an die Bevölkerung Leipzigs und Umgebung gerichtet worden ist. Es ist nicht unsittlich, auf diesem Wege weite Kreise für eine Sache zu interessieren und dadurch eine ausgiebige Hilfe für Erreichung eines angestrebten Zieles zu gewinnen. (Vergl. Bürgerliches Gesetzbuch Band 64 S. 62.) Zudem handelt es sich um Verhältnisse, die in Leipzig und Umgebung allgemein bekannt sind.

Daß bei den Kundgebungen besonders verwerfliche Mittel zur Anwendung gebracht worden seien, daß sie etwa persönliche Anfeindungen oder Verdächtigungen der Antragsteller enthielt und aus diesem Grunde Schädigungen zu besorgen seien, haben die Antragsteller selbst nicht geltend gemacht.

Der Antrag um Erlassung einer einstweiligen Verfügung ist mithin zurückzuweisen.

Gegen diesen Entscheid, welcher der Innung nicht in ihrem Kram paßte, hatten die Antragsteller Beschwerde eingelegt, worauf das Oberlandesgericht eine mündliche Verhandlung vor dem Landgericht anordnete. Dort haben am 26. August die Antragsteller ihre Beschwerde zurückgezogen. Wahrscheinlich sind dabei die Herren zu der Ueberzeugung gekommen, daß für sie die Sache ziemlich faul steht und sie suchten einer mündlichen Verhandlung dadurch aus dem Wege zu gehen, daß die Beschwerde zurückgezogen wurde.

Die Scharfmacher im Unternehmerlager haben in diesem Jahre mit ihrer Taktik schlecht abgeschnitten. Ob sie daraus lernen werden?

Wut, Du Streikbrecher! Wenn wir Dich erwischen, schlagen wir Dich tot! sollte der Bäckergefelte Hess am 16. Juni, als ein Streikbrechertransport aus Chemnitz auf dem Hauptbahnhof ankam, dem Arbeitswilligen Schönberg, zurzeit in Posternitz, zugerufen haben. Deshalb war gegen H. Anklage auf Grund der §§ 153 R.-G.-O. und 185 Str.-G.-B. erhoben worden. Der Angeklagte bestritt entschieden, eine derartige Neuerung getan zu haben. Es mögen gegen 20 Personen dagewesen sein, darunter eine Anzahl Bäckermeister; diese hätten den größten Tumult verursacht. Er habe zu einem andern, der auch mit der Bahn angekommen sei und den er von Berlin aus gekannt habe, nur gesagt: Schäm Dich, Du willst den Streikbrecher machen? Der Zeuge Bäckermeister Werner, Kaiserstraße, der, weil außerordentlich schwerhörig, ganz vorn an die Kampe des Richtertisches treten muß und an welchen in außerordentlich lautem Tone die Fragen gerichtet werden müssen, behauptete, daß die Worte, wie sie die Anklage angibt, gefallen seien. (!) Daß er sich irren könne, sei ausgeschlossen, denn er habe sich gerade umgedreht, als H. die Worte gerufen habe. Die Frage, ob der Zeuge schon damals so schwerhörig gewesen sei, wurde nicht an ihn gerichtet. Der Arbeitswillige Schönberg war sehr unsicher in seinen Aussagen, insbesondere hatte er nichts von den letzten Worten gehört. Der weitere Zeuge Hefenhändler Starke hatte nur das Wort Streikbrecher gehört, trotzdem er unmittelbar neben Werner gegangen. Das Gericht erkannte auf zwei Wochen Gefängnis und Publikationsbefugnis am Gerichtsbrett. Es wurde als erpriesen angesehen, daß H. Streikbrecher gerufen habe. Bei der Strafmessung wäre die Jugendlichkeit zu berücksichtigen gewesen, auf der andern Seite hätte müssen berücksichtigt werden, daß der Terrorismus der Streikenden immer schlimmer werde und dem nur mit den schwersten Strafen entgegen getreten werden könne.

Die „rigorosen“ Boykottzettel. Während des letzten Streiks in Hamburg wurden in der Nähe mehrerer Bäckereien Zettel verbreitet, in denen auf den Streik hingewiesen wurde. Ferner hieß es darin: „Das hier zum Verkauf gelangende Brot usw. ist von Streikbrechern hergestellt.“ Nach Annahme der Polizeibehörde soll durch dieses Zettelverbreiten grober Unfug verübt worden sein, und eine Reihe Strafmandate gegen die Zettelverteiler war die Folge; zuletzt wurde gerichtliche Entscheidung angerufen. Das Schöffengericht VII, das mehrere dieser Fälle zu entscheiden hatte, schloß sich der Ansicht, daß grober Unfug verübt

worden sei, nicht an. In der bemerkenswerten Begründung wurde unter andern ausgeführt, daß zur Erfüllung des groben Unfugs mehr gehöre als die bloße Annahme oder Tatsache, daß der eine oder andere Gewerbetreibende oder Passant sich belästigt fühle, da ja sonst jedes Verteilen von Kellame- und sonstigen Zetteln grober Unfug wäre. Gegen dieses verständige Urteil legte die Staatsanwaltschaft Berufung ein. Die beiden Angeklagten — ein dritter hat sich bei dem Strafmandat beruhigt — erklären, sie hätten in der Nähe der Verkaufsstelle von Busch in der Hammerbrookstraße Zettel verteilt, doch hätten sie durchaus keine Belästigung des Publikums bemerkt. Es ist ein großer Zeugenapparat geladen. Die Verkäuferinnen bei Busch behaupten sogar, die Zettelverteiler wären dem tausenden Publikum bis an den Laden gefolgt, um es vom Kaufen abzuhalten. Daburch hätten sich einige Leute belästigt gefühlt. Ein Kaufmann, der die Zettelverteiler längere Zeit beobachtet hat, sagt dagegen aus, daß von einer Belästigung keine Rede sein könne. Der eine Angeklagte bemerkt noch, daß die Verkäuferin Raden seine Verhaftung veranlaßt habe. Der Schutzmann Fehhaber behauptet, durch das Zettelverbreiten sei eine Belästigung des Publikums erfolgt. Der Aufforderung zum Weitergehen seien die Zettelverteiler nur zum Teil nachgekommen. Der Zeuge gibt zu, daß der eine Angeklagte, der sich auch der Uebertretung der Strafvorschrift schuldig gemacht haben soll, mit einem andern Zettelverteiler verwechselt worden sei. Der Staatsanwalt meint, durch das Zettelverbreiten sei das Kriterium des groben Unfugs erfüllt, weil das Publikum sich belästigt gefühlt habe. Schon der Inhalt des Zettels beweise, daß das Publikum in rigoroser Weise zum Boykott aufgefordert werden sollte. Der Ankläger beruft sich auf eine im 27. Bande abgedruckte Reichsgerichtsentcheidung und beantragt Geldstrafe von M. 10 beziehungsweise M. 5. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Berg, betont, daß die von dem Staatsanwalt herangezogene Reichsgerichtsentcheidung nicht weniger als viermal korrigiert worden sei, nachzulesen im 31., 32., 34. und 36. Bande der reichsgerichtlichen Entscheidungen. Danach genüge durchaus nicht die psychische Beunruhigung eines einzelnen zur Anwendung des § 860, 11 des Strafgesetzbuches. Unfug allein sei auch nicht strafbar, es müsse das Charakteristikum des groben Unfugs erfüllt sein durch Belästigung eines größeren Personenkreises. Das Verteilen von Zetteln allein sei kein strafbarer grober Unfug und sei auch sonst von der Polizei gefattet. In wirtschaftlichen Kämpfen werde sich stets die andere Seite belästigt und beunruhigt fühlen, aber niemand werde behaupten, daß das grobe Unfug sei. Das Gericht schließt sich dieser Ansicht an und erkennt auf Freisprechung der Angeklagten unter Belastung der Staatskasse mit den Kosten der Berufung. Grober Unfug, so heißt es begründend, setze eine Störung der öffentlichen Ordnung voraus, was aber in diesem Falle nicht vorliege. Das Verteilen von Zetteln an sich involviere keinen groben Unfug, es sei denn, daß Personen angehalten und belästigt würden. Den Angeklagten könne ein solches Verhalten nicht nachgewiesen werden, weshalb auf Freisprechung zu erkennen sei.

Eine gesunde Lektion wurde einem vorwichtigen Kollegen in Freising, namens Johann Kalmeier, vom dortigen Schöffengericht erteilt, indem es gegen ihn wegen Beleidigung unseres Vertrauensmannes Ludwig Strobel und zweier weiterer Kollegen auf M. 5 Geldstrafe oder einen Tag Gefängnis erkannte. Die Gründe, die zur Verurteilung führten, waren die folgenden:

„Der Angeklagte äußerte sich in der Nacht vom 16. auf 17. Dezember 1910 in der Backstube der Richtenederischen Bäckerei dahier zu dem Bäckergehilfen Josef Will dahier: „Ihr Verbandsdazi und Schufsten, wie ihr im Bayrischen Hof immer beieinander seid, ihr könnt nichts als immer Rat-schlagen, wie ihr mich aus der Arbeit bringen könnt.“ Der Angeklagte leugnet zwar, doch ist er durch die beeidigten, glaubwürdigen Aussagen des Zeugen Will überführt. Er gibt zu, daß die Privatkläger sämtlich zu den Bäckergehilfen gehören, die mit dem Zeugen Will und andern Gehilfen meistens im Bayrischen Hof verkehren und die der Zahlstelle Freising des Deutschen Bäckerverbandes angehören. Die Kundgebung des Angeklagten ist subjektiv und objektiv beleidigenden Charakters und enthält zum Teil auch eine nicht erweislich wahre üble Nachrede. Angeklagter hat sich gegen die §§ 185, 186 des Strafgesetzbuches verfehlt; verfehlt sind die sämtlichen, der Zahlstelle Freising angehörenden Bäckerverbandsmitglieder und nicht, wie die Verteidigung geltend macht, der Deutsche Bäckerverband als solcher. Einschlägig ist daher nicht § 414, 3, sondern § 415 der Reichsstrafprozessordnung. Die Privatkläger sind demnach als Verletzte aktiv legitimiert.

Beim Strafausmaß wurde berücksichtigt, daß der Angeklagte, als er die inkriminierten Äußerungen gebrauchte, in sehr gereizter Stimmung war.

Das Gericht hielt eine Geldstrafe von M. 5, umgewandelt für den Uneinbringlichkeitsfall in eine eintägige Gefängnisstrafe, für dem Verschulden angemessen.

Mit dem Hinweis auf dieses Urteil kann so manchem Maulhelden gezeigt werden, daß der Verband und seine Mitglieder nicht ganz schutzlos sind. Wenn auch die Strafe nur gering ist, so werden die Kosten ziemlich beträchtliche sein, denn Kalmeier muß auch sämtliche Kosten tragen. Uebrigens hatte er es erst noch mit einer Widerklage versucht, zog sie aber beizeiten zurück. Die Verurteilung wird ihm hoffentlich eine Warnung sein.

Ein feiner Kollege. Vor dem Kriegsgericht der 38. Division in Erfurt hatte sich am 14. September der Bäckergefelte Walter Schulz aus Weimar wegen Unterschlagung von Geldern unseres Zentralverbandes zu verantworten. Sch. hatte im Jahre 1906 vorübergehend in Schwerin gearbeitet. Hier war er als Hilfskassierer seiner Gewerkschaft tätig und unterschlug das Geld für 46 verkaufte Beitragsmarken. Es wurde Anzeige gegen ihn erstattet, doch konnte er nicht zur Verantwortung gezogen werden, weil sein Aufenthalt nicht zu ermitteln war. Als er im vorigen Herbst zur Kriegsmarine ausgehoben wurde, leitete die Militärbehörde auf Antrag der Staatsanwaltschaft das Verfahren gegen ihn ein. Sch. wurde inzwischen als dienstuntauglich in seine Heimat Weimar entlassen, und so kam die Erledigung der Angelegenheit vor das Kriegsgericht der 38. Division in Erfurt. Der Angeklagte versuchte die Ver-

untreuung der Gelder mit einer dummdreisten Tollpatschigkeit zu beschönigen. Als der Vorsitzende die Frage an ihn richtete, was der Verband als Gegenleistung für die bezahlten Beiträge den Mitgliedern biete, erwiderte er: „Die Verbandselder werden ausschließlich für Streiks verwendet und den Ueberschuß vergeuden die Vorstände, die anstatt zu arbeiten, die Zeit verbummeln.“ Dabei trug der Mann so eine Art gekünstelten Humors zur Schau, daß der Vorsitzende ihn daran erinnern mußte, daß er wegen Unterschlagung angeklagt sei. Dann versuchte der Angeklagte seine Position durch Zeugnisse zu verbessern. Doch fand er damit kein Verständnis bei dem Gericht. Sein Vater hat inzwischen dem Verband den Schaden ersetzt, obwohl der Sohn ihn brieflich aufgefordert hatte, das Geld auf keinen Fall zu bezahlen. Auf die Frage des Vorsitzenden, warum er seinem Vater davon abgeraten habe, wußte der Angeklagte keinen andern Grund anzuführen, als daß er die Zahlung der unterschlagenen Gelder nicht für notwendig erachtet habe. Aus dem ganzen Gebaren des Mannes vor Gericht war deutlich das Bestreben zu erkennen, durch Beschimpfung der Arbeiterorganisationen seine militärischen Richter günstig für sich zu stimmen, doch nützten ihm seine eigentümlichen Verteidigungsmanipulationen nichts. Aus den Aussagen eines kommissarisch vernommenen Zeugen war zu entnehmen, daß Sch. 19 Beitragsmarken, die bereits in sein Mitgliedsbuch eingeklebt waren, daraus mit Wasser losgelöst und bei der Abrechnung als gute Marken zurückgegeben hatte. Das Gericht erkannte mit Rücksicht darauf, daß der Angeklagte bereits wegen Diebstahls und Unterschlagung vorbestraft ist, auf 14 Tage Gefängnis. Das hatte Sch. nicht erwartet, denn ganz entrüstet erklärte er, Berufung gegen das Urteil einlegen zu wollen. Der Mann war offenbar von dem Wahn befangen, wenn er den Richtern das bekannte Märchen von der Verhöhnung der Arbeitergroßchen durch die Führer erzähle, müsse er straffrei ausgehen.

Internationales.

Die fünfte Hauptversammlung der Zuckerbäcker Oesterreichs. Der österreichischen „Bäckerzeitung“ entnehmen wir auszugsweise folgenden Bericht über obige Versammlung.

Am 9. und 10. September fand in Wien die fünfte Hauptversammlung des Reichsvereins der Zuckerbäcker, Lebzelter usw. statt, zu der auch der Vorstand des Verbandes der Bäckereiarbeiter den Kollegen Zipper entsandete. Von großem Interesse für die Bäcker war diese Hauptversammlung vorwiegend deshalb, da diese erfahren wollten, wie sich die Zuckerbäcker zu der in Bäckerkreisen aufgerollten Frage der Verschmelzung und Schaffung einer einheitlichen Organisation für beide Branchen äußern würden. Die Bäcker sind davon überzeugt, daß eine einheitliche Organisation für alle Arbeiter und Arbeiterinnen dieser beiden Berufe ein bedeutender Machtfaktor sein würde.

Unter den Anträgen, die zur Hauptversammlung der Zuckerbäcker eingebracht worden sind, befand sich ein Antrag der Ortsgruppe Bodenbach, in deren Wirkungsgebiet einige der größten Fabriken für Zuckerwaren und Schokoladen vorhanden sind, der die Verschmelzung des Reichsvereins der Zuckerbäcker mit dem Verbande der Bäckereiarbeiter forderte. Im Blatt der Zuckerbäcker wurde die Frage der Verschmelzung bisher noch nicht erörtert, wiewohl die leitenden Genossen schon eine geraume Zeit die lautgewordenen Wünsche auch der eigenen Genossen nach dieser Richtung kennen. Doch erklärte der Referent auf der Hauptversammlung bei Besprechung des Antrages Bodenbach, daß der bisherige Vorstand des Reichsvereins keine Gelegenheit hatte, sich eingehender mit der Frage der Verschmelzung zu befassen und empfahl die Zuweisung des Antrages an den neuen Zentralvorstand zum Studium. In der Diskussion wurde dann ein kombinierter Antrag der Genossen Kultsar und Rappel eingebracht und auch angenommen, der ausspricht, **daß die Hauptversammlung der Zuckerbäcker für die Verschmelzung im Prinzip ist und den neuen Vorstand bevollmächtigt, sofort in Unterhandlungen mit den Bäckern einzugehen. Darüber soll dem nächsten Verbandstag dann berichtet werden.**

Durch die einstimmige Annahme dieses Antrages erscheint der Weg gewiesen und es wird noch vor dem Verbandstage der Bäckereiarbeiter, am 8. Oktober, eine gemeinsame Sitzung der beiden Vorstände abgehalten, um eine Aussprache über die Verschmelzung herbeizuführen und den weiteren Fortgang der Verhandlungen zu bestimmen. Eine Basis soll geschaffen werden, auf der es zu einem gedeihlichen Abschluß der Verhandlungen zu kommen vermag.

Ueber den Stand der Organisation und den weiteren Verlauf des Verbandstages werden wir berichten, wenn das Protokoll vorliegt. Heute sei noch erwähnt, daß zum Obmann Julius Axmann gewählt wurde.

Sollte es zur Verschmelzung der beiden Organisationen kommen, dann sind vom gemeinsamen Verband gegen 60 000 Arbeiter und Arbeiterinnen zu bearbeiten, die derzeit zum Klassenbewußtsein noch nicht erwacht sind. Danach läßt sich die Bedeutung der Verschmelzung werten.

Sozialpolitisches.

Ursachen und Wirkungen der Betriebsunfälle. In Zwischenräumen von zehn zu zehn Jahren wird amtlich eine genaue Unfallstatistik aufgenommen. Die letzte betraf die Vorgänge im Jahre 1907. Ihre Ergebnisse werden nach und nach veröffentlicht. Kürzlich wurde der Abschnitt über die Ursachen der Unfälle und den Verlauf der Unfallsfolgen bekannt gegeben. Die einschlägigen Angaben sind teils sehr interessant, teils können sie aber auch nicht unwidersprochen bleiben.

Zunächst ist aus der Statistik die bekannte Tatsache zu ersehen, daß sich die Zahl der Unfälle fortgesetzt erheblich vermehrt. Von 1897 auf 1907 vermehrte sich die Zahl der verletzten und getöteten Personen in der Gewerbe-, Bau- und Seemannsversicherung von 45 971 auf 81 248. Das ist fast eine Verdoppelung. Die Zahl der Unfälle hiervon an

Maschinen vermehrte sich nur von 11884 auf 19803. Es wird hier die auch schon durch andere Statistiken festgestellte Erscheinung bestätigt, daß nämlich verhältnismäßig die durch den Maschinenbetrieb hervorgerufenen Unfälle abnehmen, dagegen die bei der Handarbeit usw. entstandenen zunehmen. So vermehrten sich die beim Auf- und Abladen, Heben und Tragen usw. entstandenen Unfälle von 6324 auf 11392, durch Fuhrwerk (Ueberfahren, Absturz usw.) verursachten von 2927 auf 5387, durch Handwerkszeug und einfache Geräte erfolgten von 1642 auf 3338 usw. Es bedeutet also auch eine Verminderung der Unfallgefahren, wenn der Handbetrieb durch den Fabrikbetrieb ersetzt wird. Diese Feststellungen lassen die Einbeziehung des Handwerks in die Unfallversicherung immer dringlicher werden.

Die Statistik erstreckt sich auch auf die Feststellung, wer die Schuld an den Unfällen trägt. Da sollen von sämtlichen Unfällen im Gewerbe 12,06 pZt. auf die Schuld des Arbeitgebers, 41,26 pZt. auf die Schuld des Arbeiters, 37,65 pZt. auf die allgemeine Betriebsgefahr, 5,94 pZt. auf die Schuld von Mitarbeitern usw. zurückzuführen sein. Diese Angaben können nicht ruhig hingenommen werden. Wenn sie richtig wären, wären doch in annähernd der Hälfte der Fälle die Verletzten selbst „schuld“ an dem Unfall. Die Entscheidung der Frage, wer an einem Unfall „schuld“ ist, wird sehr subjektiv getroffen. Verletzt sich ein Arbeiter an einer Maschine, an der eine Schutzvorrichtung fehlt, wird natürlich der Unternehmer sagen, der Arbeiter sei selbst schuld, weil er nicht „aufgepaßt“ habe. Verletzt sich ein Arbeiter, der schon fünf bis sechs Stunden hintereinander ununterbrochen gearbeitet hat und ermüdet ist, so wird der Unternehmer auch sagen, der Arbeiter sei ungeschickt gewesen. Weit richtiger ist es aber, dem Unternehmer die Schuld beizumessen, da er die Maschine ohne Schutzvorrichtungen und den Arbeiter ohne Pausen übermäßig lange arbeiten läßt. Nun bedenke man, daß die Statistik von den Berufsgenossenschaften, also den Unternehmern selbst, aufgenommen wird, und man wird es begreiflich finden, daß die Arbeitgeber als die unschuldigsten Menschen erscheinen. Das wird bestätigt, wenn man einen Blick wirft auf die Gelegenheiten, bei denen sich die Unfälle ereigneten. So sollen bei den Unfällen an den Motoren die Arbeitgeber nur in 11 pZt., die Arbeiter aber in 69,94 pZt. der Fälle schuld sein. Die Unwahrscheinlichkeit dieser Behauptung wird jeder Laie erkennen.

Interessant sind die Angaben über den Verlauf der Unfallfolgen. Sie zeigen, wie die Durchführung der Unfallversicherung für die Verletzten immer ungünstiger geworden ist. Betrachten wir die Fälle der „abgeschlossenen Beurteilung“, wie sie sich also einige Jahre nach dem Ereignis darstellen, so zeigt sich, daß im Jahre 1887 von 100 Verletzten 19,49 tot, 3,11 völlig und 46,98 teilweise dauernd und 30,41 vorübergehend erwerbsunfähig waren. Für das Jahr 1907 ergeben sich nur 8,29 Tote, 0,59 völlig und 33,06 teilweise dauernd erwerbsunfähig, dagegen 58,06 vorübergehend erwerbsunfähig. Unter der vorübergehenden Arbeitsunfähigkeit ist immerhin eine solche zu verstehen, die länger als 13 Wochen währt, weil ja erst dann die Unfallversicherung eingreift. Es wäre ein Trugschluß, aus den Zahlen entnehmen zu wollen, daß die Schwere der Unfälle sich gemildert hätte. Sie sind vielmehr der ziffernmäßige Beweis dafür, daß die Abschätzung der Erwerbsunfähigkeit immer ungünstiger für die Verletzten geworden ist. Und wenn nach den Zahlen die Todesfälle sich vermindert haben, so ist das zum guten Teil darauf zurückzuführen, daß mehr und mehr der Tod nur dann als eine Unfallfolge angesehen wird, wenn der Verletzte tot an der Unfallstelle liegen bleibt. Verstirbt er erst später, so findet man tausenderlei Gründe für die Behauptung, daß der Tod infolge anderer Umstände eingetreten ist.

Wenn der Verfall der Unfallversicherung in dem seitherigen Tempo fortschreitet, wird bald nichts mehr von ihr übrig bleiben.

Ein Ausfuhrverbot für deutsches Getreide fordert in einer Eingabe an den Bundesrat, Reichskanzler und Reichsfinanzminister der deutsche Müllerbund. Er bittet, für dieses Jahr nicht nur ein Ausfuhrverbot zu erlassen, sondern auch Maßnahmen zu treffen, daß die Erteilung von Einfuhrscheinen und die Frachtermäßigung auf den Eisenbahnen für auszuführendes deutsches Getreide künftig gänzlich aufgehoben wird. Zur Begründung dieser Forderung wird unter anderem gesagt:

„Besonders verhängnisvoll wäre es, wenn in diesem Jahre die Getreideausfuhr einen erheblichen Umfang annehmen würde. Die Ernte ist infolge der langen Trockenheit nicht nur in Deutschland, sondern auch in andern Ländern erheblich geringer ausgefallen als in andern Jahren, so daß mit einer gewissen Getreideknappheit und mit einer erheblichen Preissteigerung auf dem Weltmarkte zu rechnen ist. Da ferner die Güte des diesjährigen deutschen Getreides — insbesondere des Brotgetreides — eine ganz vorzügliche ist, so herrscht schon jetzt starke Nachfrage nach deutschem Getreide im Auslande. Außerdem wird die Obst- und Kartoffelernte eine sehr geringe werden und in den meisten Gebieten die Gemüseernte ausfallen, so daß mit einem vermehrten Getreide- und Brotverbrauch gerechnet werden muß. Die drohende Futtermittelknappheit in den Bundesstaaten durch Einführung von Holzstanzsawen für Futtermittel und andere Einrichtungen zu mildern. Da müßte es doppelt widersinnig erscheinen, wenn in diesem Jahre, wo anerkanntermaßen ein empfindlicher Mangel an Brotgetreide und Futtermitteln eintreten wird und die Bundesstaaten alle möglichen Mittel anwenden, dieser Not und der drohenden Teuerung zu steuern, das Reich nicht nur das deutsche Getreide ungehindert ins Ausland gehen ließe, sondern dafür gewissermaßen noch eine Ausfuhrprämie in Form von Einfuhrscheinen bezahlte wollte.“

Wir unterbreiten daher ehrerbietigst die ergebene Bitte, ein hoher Bundesrat wolle hochgeneigt für dieses Jahr ein Getreideausfuhrverbot erlassen und außerdem Maßnahmen treffen, durch die die Erteilung von Einfuhrscheinen und die Frachtermäßigung auf den Eisenbahnen für auszuführendes deutsches Getreide künftig gänzlich aufgehoben werden.“

Es wäre dringend zu wünschen, daß diese berechtigten Forderungen erfüllt werden, aber leider besteht wenig Hoffnung darauf; denn die Großagrarien, in deren Interesse die Getreideausfuhr und die Erteilung von Einfuhrscheinen liegt, werden sich mit Händen und Füßen dagegen wehren und die

Regierung wird kaum wagen, sich den Zorn ihrer Freunde zuzuziehen! Die Not der Volksmassen kommt ja erst in zweiter Linie!

Gewerkschaftliche Rundschau.

Zu dem Kampfe in der Metallindustrie in Mitteldeutschland sind die in den letzten Tagen schriftlich geführten Unterhandlungen beendet. Zugestanden ist jetzt den Arbeitern in der Leipziger Gelbmetallindustrie die sechsundfünfzigstündige Arbeitswoche, mit Sonnabends achteinhalb, an den übrigen Tagen neunehnhalf Stunden. Bezahlung der Ueberzeitarbeit bis zu zwei Stunden über die reguläre Arbeitszeit mit 25 pZt., der darüber hinausgehenden Ueberzeitarbeit als Nacharbeit mit 50 pZt. Zuschlag des Stundenlohnes für Lohn- wie Akkordarbeiter. Möglichste Verkürzung der Arbeitszeit unter Vermeidung von Arbeiterentlassungen bei Eintritt schlechten Geschäftsganges. Erhöhung der Stundenlöhne für Gießereiarbeiter in vier Abstufungen von 6 bis 8 $\frac{1}{2}$, je nach der Lohnhöhe (das frühere Angebot lautete bei fünf Abstufungen 5 bis 1 $\frac{1}{2}$ pro Stunde). Vereinbarung von den Leistungen entsprechenden Stundenlöhnen für Akkordarbeiter, spätestens nach vierwöchiger Beschäftigung. Garantie des Stundenlohnes für Akkordarbeiter und Regelung und Berechnung der Akkordpreise nach dem Grundsatz, daß dem Arbeiter ein feiner Lohn übersteigender Verdienst bleibt. Bezahlung des Wartens auf Arbeit im Lohn. Freitags Lohnzahlung. Gegenwärtig bestehende bessere Verhältnisse werden durch die Vereinbarung nicht berührt. Die übrigen Bestimmungen betreffen innere Betriebsverhältnisse, Lieferung bestimmter Werkzeuge, Hebevorrichtungen, Schutz- und sanitäre Einrichtungen.

Im großen und ganzen sollen die Zugeständnisse sich auf die in einem Sympathiestreik für die Gießereiarbeiter befindlichen Dreher sowie auf die infolge des Dreherstreiks von den Unternehmern ausgesperrten übrigen Arbeiter der Gelbmetallindustrie beziehen. Diesen Arbeitern verweigert man aber eine alle umfassende Lohnserhöhung, es soll ihnen nur 1 $\frac{1}{2}$ pro Stunde als Ausgleich für die Verkürzung der Arbeitszeit gegeben werden. Dieser Lohnausgleich bedeutet nur für die Arbeiter mit einer Stunde Arbeitszeitverkürzung ein ausreichendes Äquivalent, für die mit Löhnen unter 56 $\frac{1}{2}$ pro Stunde sogar eine minimale Lohnzulage.

Weiter wollen die Unternehmer in der übrigen Metallindustrie, die von der Aussperrung betroffen wurde, darauf hinwirken, daß tunlichst bald in allen Betrieben die sieben- undfünfzigstündige Arbeitswoche eingeführt wird, jedoch nicht früher, als es die Betriebe ohne Schaden vertragen können.

In einer Versammlung der Arbeiter am 16. September sind die Vorschläge der Arbeitgeber mit Zweidrittelmajorität angenommen worden. Damit hat die Aussperrung in Leipzig ihr Ende erreicht.

In Dresden nahmen die Streikenden und Aussperrten am 14. September die Arbeit wieder auf.

Allgemeine Rundschau.

Die Einfuhr von Eiern im Jahre 1910 und im ersten Halbjahr 1911. Welch enormer Bedarf an Eiern in Deutschland zu decken ist, ergibt sich aus dem Umfange der Einfuhr, den dieser Artikel im Jahre 1910 erreichte. Das Bäcker- und Konditorgewerbe ist ja in hervorragendem Maße am Verbrauch der Eier beteiligt, und es finden auch zu einem wesentlichen Teile die ausländischen Produkte bei uns Verwendung.

In das deutsche Zollgebiet sind nach den „Monatlichen Nachweisen über den auswärtigen Handel Deutschlands“ im Jahre 1910 1508706 dz Eier von Federvieh und Federwild (gegenüber dem Jahre 1909 + 138608 dz), ferner 45751 (+ 7238) dz Eigelb, eingeschlagene Eier und 2336 (- 310) dz flüssiges Eiweiß eingeführt worden, im ersten Halbjahr 1911 885776 (gegenüber dem ersten Halbjahr 1910 + 46225) dz Eier von Federvieh und Federwild, 18732 (- 373) dz Eigelb, eingeschlagene Eier und 1531 (+ 804) dz flüssiges Eiweiß.

Nachdem die Einfuhr von Eiern in den vorausgegangenen Jahren ständig abgenommen hatte, von 1494552 dz im Jahre 1907 auf 1370098 dz im Jahre 1909, hat sie im Jahre 1910 die erhebliche Steigerung um 138608 dz erfahren, so daß damit die Einfuhrzahl von 1907 wieder wesentlich überschritten worden ist. Den Hauptanteil an der Einfuhr hatten Rußland mit 715832 dz und Oesterreich-Ungarn mit 567014 dz. Die Zufuhren aus diesen Ländern sowie aus Belgien, Dänemark, den Niederlanden und Serbien sind 1910 gestiegen, während diejenigen aus Bulgarien, Frankreich, Italien, Rumänien, der Schweiz, der Türkei und Ägypten abgenommen haben. Die Steigerung der Einfuhr von Eigelb um 7238 dz entfällt auf die Zufuhr aus China, das 38946 dz geliefert hat. — Im ersten Halbjahr 1911 trat eine weitere Zunahme der Einfuhr von Eiern um 46225 dz gegenüber der gleichen Zeit des Jahres 1910 ein; es sind hauptsächlich Mehrzufuhren aus Oesterreich-Ungarn (61496 dz), Italien (9207 dz), Bulgarien (5846 dz), Rumänien (5693 dz) und Dänemark (2235 dz) zu verzeichnen, während die Zufuhr aus Rußland sich um 42088 dz verringert hat.

Der Wert der Einfuhr von Eiern von Federvieh und Federwild, von Eigelb, eingeschlagenen Eiern und von flüssigem Eiweiß ist im 1910 um M. 16064000 auf M. 176274000 gestiegen und hat sich im ersten Halbjahr 1911 gegenüber der gleichen Zeit des Jahres 1910 weiter um M. 5016000 auf M. 97382000 erhöht.

Für die Arbeiterinnen.

Die sozialdemokratische Frauenkonferenz in Jena.

k. r. Am Freitag und Sonnabend vor dem diesmaligen Parteitage der deutschen Sozialdemokratie in Jena fand dort auch die jährliche Konferenz der sozialdemokratisch organisierten Frauen Deutschlands statt. Sie war zahlreich besetzt und nahm einen durchaus würdigen und einheitlichen Verlauf. Die beiden ersten Vertrauenspersonen der Genossinnen, Louise Zieg und Ottilie Baader aus Berlin, konnten in ihrem Bericht einen sehr erfreulichen Aufschwung der sozialdemokratischen Frauenbewegung konstatieren. Erst vor ein paar Jahren, auf dem Parteitage in Nürnberg, betrug die Zahl der politisch in der Sozialdemokratie organi-

sierten Frauen und Mädchen 29000. Gegenwärtig ist ihre Armee bis auf 108000 in die Höhe gegangen. In die schwierigsten Gegenden dringt die sozialdemokratische Frauenbewegung ein. Ueberall gibt sie lebendigen, neuen, jungen Kräften, die sich regen, die Möglichkeit der intellektuellen Weiterentwicklung. Und die frischen, sicheren Debatten der Abgeordneten dieser Frauen waren denn auch fast ausschließlich der Suche nach neuen Mitteln und Wegen zu noch intensiverer Agitation gewidmet. Und ganz neue erfolgreiche Wege tun sich in Wirklichkeit auf, deren Erschließung nur eine Frage vielleicht etlicher Jahre ist. Zum Beispiel die Frauen-Lese- und Diskussionsabende werden ganz sicherlich im Laufe der Jahre in noch viel größerem Maße als bisher zur Stätte der Schulung und Weiterentwicklung für unsere Frauen werden. Doch ein weiterer Ausblick: Welch eine gewaltige Revolution des Organisationskörpers der sozialdemokratischen Partei hat sich im Laufe der letzten Zeiten durch die Anstellung von Parteisekretären vollzogen? In Zeit von einem halben Duzend Jahren sind über 100 männliche Parteisekretäre eingestellt. Jetzt ist auch die Frauenbewegung soweit gediehen, daß ganz selbstverständlicherweise der Ruf erschallt, die Parteisekretariate durch die Anstellung weiblicher Sekretärinnen zu erweitern und zu vervollständigen.

In der Morgen Sitzung des zweiten Tages zog die Konferenz das Fazit aus den Debatten des ersten Tages. Sie beschloß, in Würdigung der vorzüglichen Resultate, die der sozialdemokratische Frauentag am 19. März d. J. erzielt hat, im Jahre 1912 erneut einen solchen Frauentag zur Propagierung des Frauenwahlrechts für das ganze Reich stattfinden zu lassen. Weiter sollen bei Eröffnung des Reichstages die Frauen in öffentlichen Versammlungen einen Massenprotest gegen den Lebensmittelucher infolge der Steuern und Zölle entfachen und die Aufhebung der Lebensmittelzölle und Dämpfung der Grenzen fordern. Die Konferenz verpflichtet ferner die Genossinnen, sich eingehend mit dem Vorentwurf zum Strafgesetzbuch zu befassen und zur gegebenen Zeit überall in die Agitation gegen dies reaktionäre Gesetzeswerk einzutreten. Dasselbe enthält eine Fülle von Bestimmungen, die zum schärfsten Protest der sozialdemokratischen Frauen herausfordern. Ebenfalls wurden die Genossinnen im ganzen Lande zur tatkräftigen Teilnahme an den Krankenkassenwahlen aufgefordert. Dann wandte sich die Konferenz gegen das am 1. Januar 1904 in Kraft getretene Kinderschutzgesetz, das nicht im entferntesten den Ansprüchen an den gesetzlichen Schutz der Kinder genügt. 225000 Kinder werden in Deutschland trotz des Kinderschutzgesetzes erwerblich beschäftigt.

Die Konferenz forderte die notwendigen Maßnahmen von der Regierung, forderte aber auch die Parteigenossen in Stadt und Land auf, in der Beseitigung der Kinderarbeit mit gutem Beispiel voranzugehen, indem sie ihre eigenen Kinder von jeder Erwerbsarbeit fernhalten. In der Erkenntnis jedoch, daß, möge die kapitalistische Erwerbsarbeit noch so schädlich wirken, doch die Handarbeit als solche einen hohen erzieherischen Wert besitzt, forderte die Konferenz unsere Vertreter in den Landtagen und Kommunen auf, überall mit Energie auf die Einführung des obligatorischen Handfertigkeitsunterrichtes in den Schulen hinzuwirken. Herausgefordert durch die skandalöse Behandlung, welche die Frage des Mütter- und Säuglingsschutzes in der erbärmlichen Reichsversicherungsordnung erfährt, stellte die Konferenz dann auch noch einmal die großen, vom wirklichen Verständnis der sozialen Frauennot diktierten Forderungen auf, die als das Minimum einer Mütter- und Säuglingsfürsorge durch die Versicherungsgebung angesehen werden müssen.

In der Nachmittags Sitzung nahm die Konferenz das Referat über: „Die Frauen und die Reichstagswahlen“ von Clara Zetkin entgegen, die in ihrer hinreichenden, zur höchsten Begeisterung entflammenden Art alle Tiefen der guten menschlichen Leidenschaften aufwühlte. Den Schluß der Verhandlungen bildete das von warmherzigem Frauen- und Muttergefühl durchzogene und von der sichersten Beherrschung der Materie zeugniss ablegende Referat der Genossin Wehl-Berlin über: „Die Frauen und die Gemeindepolitik“.

Wir geben allen in der praktischen Arbeit tätigen Genossinnen und Genossen den dringenden Rat, diese beiden vorzüglichen Referate, sobald das Protokoll des Parteitages erschießt, nachzusehen. Sonnabend, um 7 Uhr abends, wurde die Konferenz geschlossen. Sie hat gute Arbeit geleistet und in bester Weise neue Anregungen gegeben für die agitatorische und praktische Tätigkeit der Genossinnen. Genossin Zieg feuerte in einem packenden Schlußwort alle Teilnehmer an, das Beste für die Bewegung zu leisten. Wo immer Frauen und Mädchen mit ihrem Gefühl zur Sozialdemokratie gehören, soll ihnen die Ueberzeugung beigebracht werden, daß es ein Akt der Pflicht ist gegen sich selbst und ihre Klasse, dann auch ungeschont und frei der politischen Organisation der Sozialdemokratie beizutreten.

Genossenschaftliches.

Brotfabrikanten und Konsumvereine. Der Konsumgenossenschaftlichen Korrespondenz entnehmen wir: Von den Bäckermeistern ist man bei der Bekämpfung der Konsumvereine allerlei gewohnt. Die Brotfabrikanten stehen jedoch durchaus nicht hinter ihnen zurück. Besonders geben sie sich, die die schärfste Konkurrenz der kleinen Bäckermeister bedeuten, gerne als notleidender Mittelstand aus. In ihrem Organ, dem „Brotfabrikanten“, hat nun kürzlich einer ihrer „literarischen“ Vertreter die Frage untersucht, ob die Konsumvereine billiger produzieren können als die privaten Bäckereien. Zu diesem Zwecke stellte der gute Mann jedoch nicht Kostenberechnungen auf, sondern er stellte, übrigens nur recht unzulänglich, fest, daß in einer Reihe von Orten mit großen Konsumvereinsbäckereien die Zahl der in den Bäckereien beschäftigten Personen nicht gekunken ist. Abgesehen davon, daß die ganze Methode dieses Vertreters der Brotfabrikanten statistischer Unfug ist, vergißt er ganz, daß auf den einzelnen Arbeitern im untergeleiteten modernen Großbetriebe, wie ihn eine Konsumvereinsbäckerei darstellt, eine ganz andere Produktionsmenge entfällt als in einem kleinen Privatbetriebe. Für Breslau ergibt sich übrigens sogar nach der Statistik des „Brotfabrikanten“, daß die Zahl der Bäckereibetriebe zurückgegangen ist, daß also

eine Anzahl Zwergbetriebe ausgeschaltet sind. Den besten Scherz leistete sich der gute Mann jedoch zum Schluss. Er stellt fest, daß ein Sechstel aller im Bäckereigewerbe tätigen Personen zur Familie des Betriebsinhabers gehören, und fährt dann fort:

Auf die soziale Bedeutung dieser Tatsache hinweisen, hiesse offene Türen einrennen. Wird aber diese für unser Familien- und Staatsleben so außerordentlich günstige Tatsache auch dann noch zu konstatieren sein, wenn die konsumvereintliche Brotproduktion ähnliche Fortschritte wie in Breslau auch in den andern Städten des Reichs gemacht hat? Die Antwort mag sich jeder selbst geben. Nirgendwo besser — wie gerade an diesem Punkte — läßt sich die gerabegte zersetzende Tätigkeit der Konsumvereinsbewegung darthun. Sie reißt nicht nur die gesamten Gewerbe, sondern sie reißt auch Familie und Staat auf, wenn nicht rechtzeitig der Gesetzgeber sich seiner Aufgaben bewußt wird. Möge das recht bald geschehen.

Bei den Brotfabrikanten gehört sicher nicht ein Sechstel des Personals zur Familie des Betriebsinhabers. Warum sich diese in ihrem Organ eine solche Lobhudelei des rückständigen Kleinbetriebs vorführen lassen, ist ja an sich etwas unklar, aber wenn es gegen die Konsumvereine geht, scheint den Herren jeder Unfug recht zu sein.

Brotproduktion in den Konsumvereinen. In der Bäckerei des Spar- und Konsumvereins Stuttgart wurden im verfloffenen Geschäftsjahr 5 092 147 kg Brot- und Backwaren hergestellt, außerdem 12 978 kg Zwieback, 1654 kg Anisbrot und 16 828 Laibe Früchtenbrot. Die Produktion im Teigwarengeschäft betrug 60 688 kg. Der Ertrag in der Bäckerei war abzüglich der betreffenden Unkosten M. 317 344, im Teigwarengeschäft M. 32 526. Ueber die Entwicklung der Bäckerei heißt es im Vorstandsbericht: Die Entwicklung der Umsätze in der Bäckerei zeigen einen sehr erfreulichen Aufschwung; schon unser vorjähriger Bericht konnte diese Tatsache feststellen, und auch heuer bewegt sich der Mehrumsatz ziemlich in gleicher Linie. Die Ursachen werden wohl in der Teuerung fast aller wichtigen Lebensmittel zu suchen sein, denen gegenüber das Brot den wertvollsten und billigsten Ersatz darstellt. Die Mehlpreise hatten bis Ende Mai eine beträchtliche Höhe; zu diesem Zeitpunkt erfolgte plötzlich ein rapider Preishurz, dem aber sofort wieder eine wesentliche Steigerung folgte, die sich bis zum Jahreschluss hinzog und die Preise von Anfang und Schluss des Jahres fast wieder nivellierte. Die Ausnützung des billigsten Moments zu reichlicher Deckung und sonstige glückliche Operationen am Mehlmarkt ließen uns ein äußerst günstiges Resultat trotz niedrig gehaltenen Brotpreise erzielen. Einen lebhaften Verkehr unterhielten wir auch mit auswärtigen Konsumvereinen. Die Vereine Calw, Botnang und Seimenbrunn beziehen ihren ganzen Brotbedarf aus unserer Bäckerei. Das Teigwarengeschäft hat einen geringen Minderumsatz gegen das Vorjahr zu verzeichnen, was wohl darauf zurückzuführen sein wird, daß manche Mitglieder bei der allgemeinen Teuerung den billigen Wasserwaren, die wir nicht fabrizieren, den Vorzug gaben, damit aber, bei dem viel geringeren Nährwert solchen Erlasses, keineswegs wirklich sparen.

Die Mainzer Spar-, Konsum- und Produktivgenossenschaft erzeugte 1 061 000 Brote und etwa 4 000 000 Brötchen. Der Verkaufswert betrug M. 669 400 gegen M. 628 000 im Vorjahre. Prozentual ist der Mehrumsatz etwas geringer als im Jahre vorher, was jedoch auf die Reduzierung der Brotpreise zurückzuführen ist.

Eine neue Bäckereianlage hat kürzlich der Konsum- und Sparverein Dortmund-Gamm in Betrieb genommen. In einem prachtvoll ausgeführten Gebäude, das überhaupt keiner Fabrikanlage ähnlich sieht, befindet sich der mit den modernsten Maschinen und Öfen ausgestattete Backraum mit sechs Doppeldampfbädern und einem Gerstelos. Für weitere drei Öfen ist noch Platz vorhanden und außerdem kann die Anlage noch ganz bedeutend erweitert werden. Der Fußboden ist mit stahlharten schwedischen Klinkern versehen, die Wände sind bis zur Decke mit weißen Platten bekleidet. In den oberen Räumen sind die Mehlsieb- und -mischanlagen. Der schmucke Bau kann sich stolz den bestehenden Konsumbäckereien zur Seite stellen.

Literarisches.

Deutscher Tabakarbeiter-Verband. Jahresbericht für das Jahr 1910. 113 Seiten. Selbstverlag.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter. Zur Lage des Krankenpflegepersonals. 40 Seiten. Selbstverlag.

Anzeigen.

Kranken- und Sterbekasse der Bäcker und verw. Berufsgenossen zu Hamburg (E. H. 49).

Sonntag, den 1. Oktober, morgens 9 Uhr:
Extra - Generalversammlung
im Lokale des Herrn Eikelborg, Hamburg, Al. Rosenstr. 16.
Tagesordnung: 1. Die Zukunft der freien Hilfskassen nach der Reichsversicherungsordnung. 2. Antrag des Vorstandes auf Abänderung der Statuten.
Das Erscheinen aller Mitglieder wünscht
[M. 7] Der Vorstand.

Die betreffenden Neuerungen, die ich gegen die Kollegen gebraucht habe, nehme ich hiermit zurück. [M. 1,50]
Paul Kummer, Chemnitz, Bäckerei „Union“.

Ein Versuch überzeugt!
Natürl. Eigelb.
Elweiss, trocken und flüssig,
liefert in hervorragender Qualität
Robert Gotthelmer, Hamburg 22, Hamburger Strasse 35.
[M. 8] Telephon: Gr. 6, 5398.

Unübertroffen
sind als Spezialitäten zum Bereiten aller Backwaren unsere
Margarine-Marken
Spreegold, Spreekrone
u. allerfeinste Ziehmargarine

Machen Sie erst einen Versuch mit diesen erstklassigen Erzeugnissen, und Sie bleiben ständiger Verbraucher

Alleinige Fabrikanten:
Margarine-Werke Berolina
Berlin-Lichtenberg
Herzbergstrasse 55/56
Teleph.: Amt Lichtenberg
Nr. 694 und 695.



Vertreter:
Bremer, Rampe & Thomsen,
Hamburg, Gröningerstr. 34.
Telephon: Gr. V, 1651. Telegr.-Adr.: Exquisit.

Verpätet!
Unserer werthen Kollegin Emma Hamann nebst ihrem
Bräutigam
die herzlichsten Glückwünsche
♦♦ zur Vermählung! ♦♦
[M. 3,60] Zahlstelle Tangermünde.

Zahlstelle Hamburg-Altona.
Sektion der Grobbäcker.
Sonabend, den 23. September 1911, abends 8½ Uhr:
Versammlung
bei Wilhelm Käker, Frankenstr. 10.
Tagesordnung: 1. Die Reichstagswahlen. Referent: Genosse Paul Reher. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Zahlreiches Erscheinen erwartet
[M. 3,60] Die Sektionsleitung.

Gesangverein „Morgengrauen“, Frankfurt a. M.
Mitglied d. Deutschen Arbeiter-Sängerbundes. Dirigent: Herr P. Wintrich
Sonntag, den 1. Oktober 1911:
Elftes Stiftungsfest
- im grossen Saale des Gewerkschaftshauses
::: Am Schwimmbad 8-10 :::
bestehend in Konzert, Gesangs-Vorträgen
und Tanzbelustigung.
[M. 8] Anfang 3 Uhr nachmittags.

Achtung!
Kassenmitglieder der Innungs-Krankenkasse der
Bäcker-Zwangsinnung in Berlin.
Vom Montag, 18. September 1911, befindet sich
das Kassenlokal nur
Andreasstr. 64, Quergeb., part.
Kassenstunden von 9 bis 4 Uhr. [M. 6]
Der Vorstand. W. S a h n, Vorsitzender.

Gute Brotstelle!
Großer Laden mit Nebenräumen und geräumiger
Wohnung in einem Vorort, direkt am Bahnhof, Nähe
Hamburgs, passend für
Konditorei und Café,
ist zum 1. Oktober 1911 preiswert zu vermieten.
Offerten unter E. 287 an „Neueste Nachrichten“,
Altrahsfeldt, erbeten. [M. 5,50]

Spezial-Tanzunterricht für die Herren Bäcker usw.
Berlins, Schönhauser Allee 28, Berolina-Säle.
Honorar M. 6 bis zur vollständigen Ausbildung als
guter Tänzer ohne Nachzahlung von Lehrhonorar.
Unterrichtsstunden: Sonntag nachmittags von
4 bis 7 Uhr und Mittwoch abends von 8 bis 10 Uhr.
Nach dem Unterricht: Gesellschaftsstunde.
Für gewissenhafte Ausbildung leiste Garantie. Anmeldung jederzeit erbeten.
Emil Schulz, Tanzlehrer seit 1897, Berlin N 31, Bernauerstr. 117.

Bäckerei und Konditorei mit Café
erstes Geschäft in Mühlberg a. d. Elbe mit Grundstück in
vorzüglicher Lage, mit der besten Stadt- und Landfundschaft,
krankheitshalber sofort zu verkaufen und zu übernehmen.
Angebote an Ernestine Gontzsch in Mühlberg a. d. E. [M. 3]

In Emmerich ist ein Haus, worin eine
Bäckerei betrieben wird, zum
1. Oktober zu vermieten oder zu verkaufen. [M. 2]
Stock & Hausmann, Somburg (Niederrhein).

Bäckerei und Krämerei
in Solstein, Nähe Hamburgs, für. M. 17 000 zu
verkaufen. Wöchentliche Einnahme M. 400 bis 450.
Krankheitshalber sofort bei M. 5000 Anzahlung zu
übernehmen.
Zu erfragen bei Kölbl, Hamburg 23, Jungmann-
straße 15, part. [M. 5]

Nürnberger Bäcker- und Konditorgehilfen
decken ihren Bedarf am besten bei
Hans Derfuss, Schneidermeister, Heugasse 2, 1. Et.,
gegenüber dem Verbandslokal.

Münchener Bäcker und Konditorgehilfen
decken ihren Bedarf am besten bei
Gg. Prem, Schneidermeister, Walterstr. 19/0.

Mitglieder- bzw. öffentliche Versammlungen.
(Wo nichts Besondere bemerkt, bezieht sich die Zeitangabe
auf die Nachmittags- oder Abendstunden.)
Sonntag, 24. September:
Aalen: Vorm. 10 Uhr im Gasthaus „Zum Hirsch“. —
Bayreuth: Im Restaurant Brey, Kirchgasse. —
Sennigsdorf: 4 Uhr bei Lehmann. —
Landsberg a. d. W.: 3 Uhr bei Daber, Moltkeplatz. —
Nürtingen-Wilhelmshaven: 4 Uhr bei Duddenberg, Nürtingen, Peterstraße. —
Stadthagen: 4 Uhr bei Wedderhahn, Götternstraße.

Mittwoch, 27. September:
Hamburg-Altona (Seefahrende): 8½ Uhr bei
Pfeifer, St. Pauli, Silberjackerstr. 15. —
Kiel: 4 Uhr im Gewerkschaftshaus, Fährstraße. —
München (Konditoren): Gasthof „Zum goldenen Lamm“, Zweigstr. 4. —
Traunstein: 2 Uhr, „Zum Löwen“.
Donnerstag, 28. September:
Coblenz: 3 Uhr, „Zum goldenen Ring“. —
Mannheim: 3 Uhr im Gewerkschaftshaus, F 4, 8. —
Stuttgart (Bäcker): In der „Dopferhalle“, Christophstr. 24. (Konditoren): 8 Uhr in der „Dopferhalle“, Christophstr. 24.

Sonabend, 30. September:
Stettin (Öffentliche für Fabrikbranche):
8 Uhr im Albrecht's Klubhaus, Giebereistr. 49. (Referent
Gecksohlb.)

Sonntag, 1. Oktober:
Bremerhaven: 3 Uhr im Gewerkschaftshaus. —
Chemnitz: 3 Uhr, „Zur Sängerkolonne“, Logenstraße. —
Coburg: 3 Uhr im Restaurant „Neue Welt“. —
Cresfeld: Bei Hahn, „Zum Museum“, Karlsplatz. —
Dortmund: 3 Uhr im Gewerkschaftshaus, Leiffingstraße. —
Duisburg: 3 Uhr im Restaurant „Wienhaus“, Friedrich-Wilhelm-Platz. —
Düsseldorf: Vorm. 11 Uhr im Volkshaus. —
Flensburg: 2 Uhr bei Andrefsen, Nordertorbierehalle. —
Frankfurt a. d. O.: Im Gewerkschaftshaus, Oberstr. 51. —
Geesthacht: 8½ Uhr bei Ernst Otto, Herberge, Bergeborfer Straße. —
Hildesheim: Vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftshaus, Goshenstr. 23. —
Limbach i. S.: 3 Uhr in der „Karlsburg“, Karlstr. 14. —
Meuselwitz: 3 Uhr, „Deutscher Kaiser“. —
Potsdam: 2 Uhr bei Pruschnski. —
Rostock: 2½ Uhr, Beguinenberg 10. —
Schmolln: 2 Uhr in der „Germania“, Grimmitzhauer Straße. —
Suhl: 3 Uhr in Domburgs „Anficht“. —
Tangermünde: 3 Uhr im „Kaiserhof“, Lange Straße 47. —
Thorn: 2 Uhr. —
Ulm: 3 Uhr im Restaurant „Gohentwiel“. —
Vegeack: 4 Uhr bei Brümmer, Gerhard-Holfs-Straße 55. —
Weimar: 3 Uhr im Volkshaus.

Für die Redaktion verantwortlich: Felix Weidler, Hamburg, Bese-
binderhof 57. — Verlag von D. Mann, Hamburg. — Druck:
Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Kuer & Co. in Hamburg.